contraste
zeitungfürselbstorganisation

416 36. JAHRGANG MAI 2019 4'50 EURO www.contraste.org

NACHRICHTEN
Solidarität gegen Repressionen: Die Kampagne »We Don't Shut Up« stellt sich vor. 3

PROJEKTE
Gemeinsam in den Straßen essen: Kostas organisiert in Athen ganz besondere Mahlzeiten. 4

PROJEKTE
»Open Source Ecology« im Interview: Sozial und ökologisch verträgliche, offene Technologien. 5

BEWEGUNG
Praktisch gelebte Solidarität: Wie Kommunen in Krisensituationen unterstützen können. 7

BIOTONNE
So klein und so wichtig: Ein neuer Film zeigt, wie eigenes Saatgut produziert werden kann. 13

NACHBARSCHAFTSHILFE GENOSSENSCHAFTLICH ORGANISIERT

Hilfe von Mensch zu Mensch

Sozialgenossenschaften gehören heute fast zum Mainstream innovativer Entwicklungen. Seit der ersten deutschsprachigen Buchveröffentlichung 2003 mit dem Titel »Sozialgenossenschaften« erleben sie als solidarische Kooperationsmodelle von BürgerInnen wachsende Beachtung und Umsetzung. In unserem Schwerpunkt geht es um Genossenschaften, die auf Zeitbanksysteme zurückgreifen. Sie könnten als vierte Säule der Altersvorsorge Furore machen, wenn Politik und Finanzämter sie machen lassen, oder - besser noch - ihnen bei ihrer bewundernswerten Aufbauarbeit mehr Unterstützung zukommen lassen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Das Leistungsspektrum von Sozialgenossenschaften reicht von der Nahraumversorgung über die Unterstützung Hilfsbedürftiger in der eigenen Wohnung bis zur Organisation sozialer Stadtentwicklung. Mit Hilfe von Dorfläden, als Familiengenossenschaften oder auch als Seniorengenossenschaften helfen sie, die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels und der sich verändernden Familienstrukturen zu mildern. Durch ihre besonderen rechtlichen Strukturen – Vorstand, Aufsichtsrat, Mitgliederversammlung und Prüfungsverband – verbunden mit Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung bieten sie große Chancen langfristiger Stabilisierung.

Ein noch relativ neues Phänomen sind Senioren- bzw. Nachbarschaftsgenossenschaften, die nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe handeln. Sie setzen diese vollständig oder ergänzend immer auch über ein geldloses Zeittauschsystem um. Ihre Aufgabe besteht darin, die Leistungen zwischen den Beteiligten zu vermitteln, zu koordinieren und zu verbuchen. Die Angebote wenden sich fast immer an alle Generationen, auch wenn Leistungen zugunsten älterer Menschen überwiegen. Sie reichen von der Betreuung von Menschen mit Demenz bis zur Kinderbetreuung. Viele entwickeln einen Hilfsfonds zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Leuchtturmfunktion

Im Schwerpunkt nehmen konkrete Beispiele den größten Raum ein. Lässt sich doch durch sie am besten für die Umsetzung weiterer Projekte lernen. Unter den Beispielen ist die erste Seniorengenossenschaft, die »WIR für UNS eG« in Heroldsbach, gegründet 2011. Sie hat sich vor allem durch Ehrenamt und strenges Kostenmanagement etablieren können. Von der ausgeprägten kommunalen Unterstützung, wie sie die neuste Gründung, die »Nachbarschaftshilfe Hehlenriede« in Isenbüttel erfährt, konnten die Heroldsbacher als Pioniere nur träumen.

Abgerundet wird der Schwerpunkt durch eine Einführung in die Strukturen und Entwicklungen von Zeitbanken in verschiedenen Ländern. Eine Studie aus Südtirol gibt Einblicke in verallgemeinerbare Konsequenzen, wie sich genossenschaftliche Zeitbanken schneller und stabiler entwickeln könnten. Dies wird mit einem Interview am Ende ergänzt, in dem es um konkrete Unterstützungsmöglichkeiten für die Etablierung von Zeitbanken geht. Politische Dimensionen, die bei solchen Gründungen mitschwingen, werden in dem Schwerpunkt vernachlässigt. Dabei sind sie hochbrisant. Organisieren sich hier doch Menschen, weil es besonders für Ältere zukünftig keine ausreichende staatliche Daseinsvorsorge mehr gibt. Sie aktivieren großteils unbezahlte Arbeit und werden dabei von Finanzämtern und wachsenden bürokratischen Auflagen noch behindert – eine unerträgliche Situation.

▲ Im Mittelpunkt aller Zeitbankansätze steht die Nachbarschaftshilfe - im Idealfall Foto: BürgerSozialGenossenschaft Biberach

GEFÄNGNISMAHNWACHE IN HILDESHEIM

Wider§pruch

Um kurz vor 12 Uhr klingelte Clara Tempel am 21. März 2019 an der Gefängnispforte der JVA Hildesheim. Es ist die Uhrzeit, die die symbolische »Weltuntergangsuhr« der US-amerikanischen Atomwissenschaftler*innen aktuell anzeigt. Die 23-jährige Studentin tritt für sieben Tage eine Ersatzfreiheitsstrafe an. Drei Jahre zuvor hat sie zusammen mit acht weiteren Menschen die Start- und Landebahn des Atomwaffenstützpunktes in Büchel (Eifel) besetzt.

JUNGES NETZWERK FÜR POLITISCHE AKTIONEN

2016 hat sich die Prozesskampagne »Wider§pruch – Vom Atomwaffenlager bis in den Gerichtsaal« gegründet. Sie bringt ihren Widerspruch gegen Atomwaffen auch in und vor das Gefängnis. Mit einer Dauermahnwache gegenüber der Haftanstalt unterstützt sie die Aktivistin hinter der Mauer.

Auf der Mahnwache passiert einiges: Ein Peace-Zeichen aus Blumen wird vor das Gefängnis gepflanzt. Eine Soli-Küche kocht vor Ort, die Aktivist*innen reden mit den mehr als 100 Menschen, die zu Claras Verabschiedung gekommen sind und lauschen im Rahmen eines Erzählcafés Hanna, die ihre Erfahrungen aus genau dieser JVA schildert. Filme berichten von Aktionen Zivilen Ungehorsams in Mutlangen, dem ehemaligen Standort von atomar bestückten Mittelstreckenraketen in den 80er und von »X-tausendmal quer« im Wendland gegen die Atommüll-Transporte in den 90er Jahren.

Der zweite Tag von Claras Haft beginnt mit Nebel und einige haben in ihren Zelten doch etwas gefroren. Nach einem ausgedehnten Frühstück wird über Atomwaffen diskutiert, deutsche Nato-Teilhabe und den Sinn und Unsinn von Drohungs- und Abschreckungslogiken.

Jeden Tag passiert etwas anderes: Ein ökumenischer Gottesdienst fand vor dem Tor der JVA statt. Zu Gast waren auch Menschen von »Jugend rettet«, die im Mittelmeer Menschen gerettet haben und nun deswegen vor Gericht stehen. Jeden Tag bekommt Clara Briefe von ihren Freund*innen vor dem Gefängnis und anderen Unterstützenden, mehr als 500 insgesamt. Ihren Gefängnis-Aufenthalt konnte »Junepa – Junges Netwerk für politische Aktionen«, dem Clara Tempel angehört, gut zur Verbreitung seines Anliegens nutzen. Es gab viel positives Feedback von Menschen in Hildesheim. Auch die Presse hat berichtet. Nun wissen wieder einige Menschen mehr von den Atomwaffen hierzulande. Nach ihrer Haftentlassung betonte Clara Tempel, sie werde weiter für eine herrschaftsfreie Welt kämpfen: »Gefängnisse und Atomwaffen sind beides Herrschaftsinstrumente, die ich ablehne.«

Link: http://junepa.blogsport.eu

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
KAMPAGNE »WE DON'T SHUT UP«

PROJEKTE SEITE 4
KOSTAS – THE OTHER HUMAN
NETZWERK NEWS

PROJEKTE SEITE 5
OPEN SOURCE ECOLOGY DEUTSCHLAND

PROJEKTE SEITE 6
FRITS TER KUILE IM INTERVIEW
FILM: »MISSION LIFELINE«

BEWEGUNG SEITE 7
KOMMUNEN ALS UNTERSTÜTZUNG
IN KRISENSITUATIONEN

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
EXTINCTION REBELLION
RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
ZEITBANKEN ALS ALTERSVORSORGE
STUDIE IN SÜDTIROL

SEITE 10
NACHBARSCHAFTSHILFE HEHLENRIEDE
BUCHBESPRECHUNG

SEITE 11
BOCHOLTER BÜRGERGENOSSENSCHAFT
BÜRGERSOZIALGENOSSENSCHAFT BIBERBACH

SEITE 12
WIR FÜR UNS EG, HEROLDSBACH
ZEITPOLSTER

BIOTONNE SEITE 13
SAATGUT IST ALLGEMEINGUT

KUNST & KULTUR SEITE 14
50 JAHRE FORUM3, STUTTGART

REZENSIONEN SEITE 15
SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION
BLOCKING THE CHAIN
KANAILLEN-KAPITALISMUS
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
LANDAUER IN BERLIN

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Grafik: Eva Sempere

DAS GRÜN DER GELBEN

ULI FRANK

Die Erfolge der Grünen bei den letzten Wahlen haben offensichtlich auch die Liberalen beeindruckt und zum Handeln genötigt. Auf ihrem Parteitag am ersten Aprilwochenende in Duisburg verabschiedete die FDP in Nordrhein-Westfalen einen langen Beschluss mit dem Antragstitel »Schaffen wir ein gutes Klima«. In ihrer Analyse und Zustandsbeschreibung bewegen sich die Autoren durchaus auf einem aktuellen Stand der Diskussion, ja sie reklamieren für sich häufig den neuesten Stand wissenschaftlicher Forschung. Sie kommen zu dem Schluss: »Eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert ist daher der Klimaschutz.«

Sogar zum Ausstieg aus Atomenergie und Kohle äußern sie sich zustimmend. Der öffentliche Nahverkehr und der Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur finden positive Erwähnung. Allerdings wird über die bisherige Klimapolitik ein vernichtendes Urteil gefällt: Sie habe am falschen Ende angefangen, indem sie nämlich Verzicht verlange und die Menschen mit staatlichen Regulierungen und Verboten bevormunde. So dürfe es etwa beim Fliegen keine Einschränkungen geben, sondern wagemutige Unternehmen sollten emissionsarme Flugzeuge bauen. »Wir müssen die bisherige Klimapolitik nicht noch planwirtschaftlicher fortsetzen, sondern korrigieren, da sie bisher zu sehr hohen Kosten sehr bescheidene Ergebnisse bringt.«

Für die FDP steht fest: Es darf keine Einschränkungen des heutigen Lebensstandards geben, und eine Politik für eine grüne Zukunft kann nur erfolgreich sein und von der Mittelschicht akzeptiert werden, wenn das bisherige Wirtschaftssystem nicht nur nicht behindert, sondern besonders energisch mit neuer Kraft und frischem Schwung befeuert wird. Es müssten nun »mit Priorität die technischen Herausforderungen angegangen werden«.

Als Antworten auf diese technischen Herausforderungen werden »Innovationen in allen Sektoren« und »Entfesselungsmaßnahmen« gefordert. Alles, was technisch machbar und marktförmig lösbar ist, wird aufgezählt, etwa »Kombination von Photovoltaik, Blockheizkraftwerken, Fernwärmestrukturen, Batteriespeichern und Mobilitätskonzepten auf Basis von Elektromobilität.« Vor allem aber heißt das Zauberwort, das 23 Mal vorkommt, »Digitalisierung«, denn, »digitale Infrastrukturen sind umweltfreundlichere Infrastrukturen«.

Nirgendwo setzt sich der Text mit inhaltlichen Fragen auseinander, wie sie etwa in der Degrowth-Bewegung, der Commonsdebatte oder der Care Economy verhandelt werden, mit Themen wie Tauschlogik, dem Leistungsprinzip oder dem guten Leben; auch ein bedingungsloses Grundeinkommen findet keinen Platz. Dass der Markt immer die richtigen Lösungen findet, wird selbstverständlich vorausgesetzt und offen propagiert. Innovation und Digitalisierung gelten als von sich aus progressiv und transformatorisch im besten Sinn. Das Credo »der effektivste Weg … ist ein marktwirtschaftlicher Rahmen« wird 17 Mal wiederholt.

Abschließend formuliert die Partei drei konkrete Konsequenzen für die eigene Arbeit:

»Verstärkte Umstellung auf digitale Information«, »Weiterentwicklung von Veranstaltungsformaten« und »Umstellung von Plastik auf andere Materialien, sofern das ökologisch sinnvoll und ökonomisch vertretbar ist«. Soviel zur »Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert«.

Einladung zum Sommerplenum

Bei einem selbstorganisierten Projekt wie der CONTRASTE-Monatszeitung dürfen regelmäßige persönliche Treffen nicht fehlen! Zwei Mal im Jahr kommen wir zusammen, um gemeinsam die nächsten Ausgaben zu planen, organisatorische Fragen zu klären – und eine nette Zeit miteinander zu verbringen. Meistens nutzen wir die Gelegenheit, ein interessantes Projekt zu besuchen und kennenzulernen.

Das nächste Plenum findet vom 5. bis 7. Juli in der Kommune Waltershausen (Thüringen, www.kommune-kowa.de) statt. Ihr seid als interessierte*r Leser*in oder potentielle*r Autor*in herzlich eingeladen, euch einzubringen.

Bitte gebt uns Bescheid, wenn ihr plant, zu kommen:

koordination@contraste.org

AKTION 2019

Enteignen – was denn sonst?

Liebe Leser*innen,

die Begeisterung und die Entrüstung über die Berliner Initiative »Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co enteignen« zeigen, dass es ums Eingemachte des Kapitalismus geht: Wenn die Profitgier zum Wahnsinn wird, sprich Millionen aus ihrer Wohnung auf die Straße getrieben werden, dann ist Schluss mit Lustig. Das neoliberale Versprechen auf Wohlstand offenbart sich nun für viele als eine groß angelegte Betrugsmasche. Es mehrt einzig den milliardenschweren Reichtum. Viele haben nun verstanden, dass es nicht mehr anders geht, als sich mit den Mächtigsten anzulegen, um die Verelendung abzuwenden. Diesen wiederum fällt es schwer, abzuwiegeln.

Es gibt letztlich auch keine andere Alternative, als sich zusammenzuschließen und das Wohnen durch Re-Kommunalisierung – auch bei den Neubauten – wieder bezahlbar zu machen. Warum aber sollen wir es dabei bewenden lassen? Warum die Klimakatastrophe hinnehmen, warum das Insektensterben – sprich den ökologischen Zusammenbruch – akzeptieren, warum in der konkurrierenden existenzbedrohenden Arbeitsplatz-Gesellschaft verharren? Der Ruf des Kommunistischen Manifestes von 1848 wird wieder gehört: Enteignet die Enteigner.

System Change hin zur Commons-Gesellschaft, hin zur Allen-alles-Gesellschaft, wie eine Forderung der Münchner Räterepublik lautete. All dies kann nicht über Nacht gehen. Aber an verschiedenen »Ecken« der Gesellschaft haben sich Menschen auf den Weg gemacht: Politische Kommunen, Hausbesetzungen gegen Obdachlosigkeit, Mietshäuser-Syndikat, Urbane Gärten, Fridays for Future, Klimacamps, und, und, und…

Die Contraste mit ihren Berichten über das Neue im Alten ist mittenmang dabei. Zumindest solange, wie die Redaktion und die Autor*innen, die unentgeltlich aktiv sind, genügend finanziellen Rückenwind haben. In den letzten Wochen erreichten uns wieder mehr Spenden, 574,50 Euro insgesamt. Wir gehen somit auf die 50 Prozent des Spendenziels von 7.000 Euro zu. Vielen Dank. Wir brauchen allerdings mehr. Wir bitten dringlich um weitere Unterstützung.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an **abos@contraste.org.**

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

Florian Heppner, SelmBork	100,00
M.B.	150,0
A.A.	99,00
C.H.	2,50
L.C. + M.L.	8,00
K.M	55,00
Frank Merkord, Blomberg	65,00
B.C.	5,00
P.M.	55,00
Peter Streiff, Stuttgart	35,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **3.660,33 Euro**

Spendenticker »Aktion 2019«

47,71% finanziert **3.339,67** Euro Spenden **3.660,33** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

Statt schweigen: Solidarität mit »Wir schalten ab«

▲ Solidarität zeigen: Aktivist*innen, die sich mit zivilem Ungehorsam für mehr Klimaschutz eingesetzt haben, stehen nun vor Gericht. Foto: Kampagne WeDontShutUp

RWE leitet eine Millionenklage gegen Klima-Aktivist*innen in die Wege, um die gesamte Bewegung einzuschüchtern. Anlass ist die erfolgreiche Blockade eines Kohlekraftwerks im Rheinland. Eine Solidaritätskampagne will unter anderem auf die verschärfte Repression und mögliche Gegenstrategien aufmerksam machen.

KAMPAGNE »WEDONTSHUTUP«

Im November 2017 fand die UN-Klimakonferenz COP23 in Bonn statt – in unmittelbarer Nähe zum Rheinischen Braunkohlerevier, das sich seit einigen Jahren zu einem der wichtigsten Kristallisationspunkte der Klimagerechtigkeitsbewegung entwickelt hatte. Dass die Verhandlungen der UN ohne kritische Begleitung über die Bühne gehen würden, war demnach nicht zu befürchten. Im Vorfeld strömten bereits tausende Aktivist*innen der Massenaktion »Ende Gelände« in den Tagebau Hambach. Die Symbolik der Aktion war deutlich: Die fossilen Brennstoffe müssen endlich im Boden gelassen werden. Statt dafür die Voraussetzungen zu schaffen, nährten die angereisten Vertreter*innen der verschiedenen Staaten den Mythos, gegen den Klimawandel bräuchte es vor allem effizientere Technologie und einen gut funktionierenden Emissionshandel. Beides wurde von den Aktivist*innen als »false solution« zurückgewiesen. Stattdessen skandierten sie: »System change not climate change«. Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen wir den Kapitalismus überwinden.

»Ende Gelände« stellte den Auftakt einer vielseitigen Protestwoche dar: Demonstrationen, kreative Aktionen in der Stadt, Blockaden und ein Gegengipfel mit vielen Workshops, Vorträgen und Diskussionen. Als die »Klima-Kanzlerin« Angela Merkel bei den UN-Verhandlungen den Klimawandel zur Schicksalsfrage der Menschheit erklärte, ohne dabei ein Wort über einen Kohleausstieg zu verlieren, blockierten Aktivist*innen das Kohlekraftwerk Weisweiler. Eine Kleingruppe brachte dafür das Kohle-Förderband zum Stillstand und errichtete darauf ein bekletterbares Dreibein. Andere fixierten sich mit Lock-Ons (Ankettvorrichtungen) auf dem Förderband. An einer weiteren Stelle im Kraftwerk kletterten Aktivist*innen in den Kohle-Verladekran. Das Ergebnis war ein mehrstündiger Ausfall der gesamten Kraftwerks-Kohlezufuhr. Da die Kohle nicht weiter in die Brennkammern befördert werden konnte, musste das Kraftwerk für mehrere Stunden fast vollständig heruntergefahren werden. 27.000 Tonnen $C0_2$ wurden durch die Aktion nicht ausgestoßen.

Inzwischen haben fünf der beteiligten Aktivist*innen Post bekommen. Ihnen wird Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand und Hausfriedensbruch vorgeworfen. Neben diesen strafrechtlichen Vorwürfen fordert RWE zum ersten Mal im ganz großen Stil Schadensersatz von den Aktivist*innen: zwei Millionen Euro. Auch ein Journalist, der die Aktion begleitete, um zu berichten, ist von der Schadensersatzklage betroffen. Ihm wird die journalistische Tätigkeit abgesprochen und auch er wird wegen Hausfriedensbruchs angeklagt. Es ist nicht davon auszugehen, dass RWE sich ernsthaft erhofft, eine derartige Summe von den angeklagten Aktivst*innen zu bekommen. Darum geht es auch gar nicht, vielmehr sollen Menschen eingeschüchtert werden, die sich konsequent der Zerstörung der Lebensgrundlagen entgegenstellen.

Bewegung mit Identitätskrise?

Die Aktivist*innen weigerten sich, ihre Personalien anzugeben und erschwerten die erkennungsdienstliche Behandlung. Dadurch konnte nur ein kleiner Teil der beteiligten Personen identifiziert werden. Die Verweigerung der Personalien hat sich seit der Besetzung des Hambacher Waldes zu einer gängigen Praxis entwickelt. Sie ist auch Ausdruck einer Erweiterung des klassischen Verständnisses von zivilem Ungehorsam. Statt nach der Aktion vor Gericht für die Aktion einzustehen, wurde der Versuch unternommen, sich der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Nichtsdestotrotz gelang es der Polizei, die Identität von fünf Aktivist*innen festzustellen. Um die Prozesse nun kritisch zu begleiten und zu politisieren, wurde die Solidaritäts-Kampagne »We Don't Shut Up« ins Leben gerufen.

Obwohl sich aus den anstehenden Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit bietet, ein weiteres Mal für den sofortigen Kohleausstieg in Aktion zu treten, spricht einiges für die Verweigerung der Personalien. Wenn nicht bekannt ist, wer an einer Aktion teilgenommen hat, kann viel Arbeit und Geld gespart werden, da auch keine Gerichtsverfahren in die Wege geleitet werden können. Es verhindert außerdem, dass die Polizei Kenntnisse über unsere Bewegung erlangt und in Erfahrung bringt, wer regelmäßig bei Aktionen anzutreffen ist. Aber sogar bei massenhafter Personalienverweigerung und dadurch entstehender Überforderung der Polizei gelang es in der Vergangenheit immer, einige Aktivist*innen zu identifizieren. Diese Menschen sind auf unsere Unterstützung und Solidarität angewiesen.

Verschärfte Repression

Staat und Gerichte reagierten bereits auf die Versuche, den Repressionsorganen nicht mehr bereitwillig Auskunft über die eigene Identität zu geben. In NRW wurde dafür die Verschärfung des Polizeigesetzes genutzt. Nicht mehr zwölf Stunden, sondern sieben Tage können Personen nun zur Gefahrenabwehr festgehalten werden. Dass durchaus der Wille besteht, den neugewonnenen Handlungsspielraum auch zu nutzen, führte die Polizei in NRW im Februar vor.

Nachdem die sogenannte Kohlekommission (eigentlich »Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«) ihre Empfehlungen an die Bundesregierung veröffentlicht hatte, besetzten sieben Aktivist*innen einen Bagger im Tagebau Garzweiler. Drei Aktivist*innen, die nicht identifiziert werden konnten, landeten für fünf Tage in Gewahrsam. Die Polizei rechtfertigte diesen Schritt mit der Verweigerung der Personalienangabe. Aber auch an anderen Orten kam es zu Baggerbesetzungen und Tagebaubegehungen. Auch in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier wurde sogar zweimal der geregelte Ablauf im Tagebau gestört.

Drei Aktivist*innen einer Baggerbesetzung in der Lausitz wurden am 25. Februar zu zwei Monaten Haft wegen Hausfriedensbruch verurteilt. Noch schlimmer hat es die Hambacher-Wald-Aktivistin Eule getroffen. Trotz sich mehrfach widersprechender Polizei-Zeug*innen wurde sie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchter schwerer Körperverletzung zu neun Monaten Haft verurteilt. Fünf hatte sie bereits in Untersuchungshaft abgesessen, da sie sich weigerte, ihre Identität preiszugeben. Der Richter machte keinen Hehl daraus, dass sein Urteil politisch motiviert war. Ganz offen sprach er davon, dass das Urteil auch den Zweck erfülle, andere Aktivist*innen abzuschrecken. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Das Landgericht Köln entschied, dass das Urteil unverhältnismäßig ist. Inzwischen ist Eule nach sechs Monaten Haft wieder auf freiem Fuß.

Zucker im Tank der Kohlemaschinerie

Die Aktion »WeShutDown« steht beispielhaft für eine koordinierte Kleingruppenaktion. D.h. eine überschaubare Anzahl an Kleingruppen versucht, sich gemeinsam so zu organisieren, dass ein Ziel effektiv blockiert werden kann. Ihr Vorteil ist, dass es keiner langfristigen und öffentlichen Mobilisierung bedarf, ja diese sogar unmöglich ist, da Zeitpunkt und -ort der Aktion geheim gehalten werden müssen. Auf einer technischen Ebene kann sie allerdings ähnliche Effekte erzielen. Mit einem personellen Aufwand von wenigen Aktivist*innen kann ein Kraftwerk so blockiert werden, wie es sonst nur einigen 1.000 Menschen bei »Ende Gelände« gelingt.

Der Widerstand im Rheinland ist von einem Nebeneinanderher verschiedener Aktionsformen geprägt. Menschen mit sehr unterschiedlicher politischer Sozialisierung treffen hier aufeinander und versuchen, an einem Strang zu ziehen. Dass dies auch Konfliktpotential birgt, liegt auf der Hand und macht es erforderlich, die eigene Praxis (aller Akteur*innen) einer ständigen kritischen Reflexion zu unterziehen. Der Widerstand und die Proteste im Wendland haben jedoch gezeigt, dass es diese Vielfalt braucht, um sich einer Verflechtung von Großkonzernen und Politik entgegenzustellen.

Mehr Infos:
www.wedontshutup.org
Aktionistisches Workshop-Angebot:
www.zuckerimtank.net

MELDUNGEN

Change for future

Innerhalb der Bewegung »Fridays for future« (FFF) hat sich die antikapitalistische Strömung vernetzt und zu einer bundesweiten Plattform zusammengeschlossen. FFF-Aktivist*innen aus insgesamt 30 verschiedenen Städten eint die Überzeugung, dass innerhalb des Kapitalismus kein konsequenter Umweltschutz möglich sei. Daher haben sie ein Grundsatzpapier erarbeitet und auf ihrer Website veröffentlicht, um die Diskussionen dazu anzuregen.

Link: http://changeforfuture.cf

Verurteilung nach Frauen*kampftag

Im Prozess um tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte in zwei Fällen während der Frauen*kampftagsdemonstration 2018 in Göttingen wurde die Angeklagte im April zu 90 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung auf zwei Jahre ausgesetzt. Als Bewährungsauflage muss die Angeklagte 1.200 Euro an die Opferhilfe Niedersachsen zahlen. Die Verurteilung erfolgte nach dem 2017 in Kraft getretenen und höchst umstrittenen §114 StGB. »Wer gegen unrechtmäßige Polizeimaßnahmen protestiert, wird kriminalisiert und muss mit einer Haftstrafe rechnen. Dies ist ein Angriff auf alle politisch aktiven Menschen und die Demonstrationsfreiheit«, sagte eine Sprecherin des 8. März-Bündnisses Göttingen.

Politische Zensur

Neuss: Am 12. Februar ließ Seehofers Innenministerium acht LKW-Ladungen Bücher und CDs des Mezopotamien-Verlags und des MIR-Musikvertriebs beschlagnahmen, darunter auch tonnenweise Sprachbücher, kurdischsprachige Kinderbücher und Musikinstrumente. Den beiden Unternehmen wird unterstellt, sie seien Unterorganisationen der verbotenen PKK. »Das ist politische Zensur durch die Hintertür und ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die Pressefreiheit«, protestierten mehrere Medienschaffende in einer Solidaritätserklärung. Eine Klage wird vorbereitet.

Link: https://anfdeutsch.com/

ANZEIGEN

KOSTAS – THE OTHER HUMAN

Gemeinsam in den Straßen essen

Diesmal möchten wir Kostas, besser bekannt unter seinem Pseudonym bzw. Lebensmotto »the other Human«, vorstellen, der durch eine zutiefst menschliche Geste etwas ganz Besonderes geschaffen hat. Seine Idee, gemeinsam in den Straßen zu kochen und zu essen, hat er mit vielen Freiwilligen erstmals in Athen umgesetzt. Nun geht sie um die Welt.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

Erstmals hörten wir durch unseren wohnungslosen Freund Mixailis von Kostas: »Kennt ihr the other human? Er selbst ist arbeitslos und kocht jeden Tag in einem anderen Viertel mit Freiwilligen.« Im Internet fanden wir dann ein Video zu jenem Kostas und seiner Arbeit und wollten ihn sofort kennenlernen. Nach unserer Kontaktaufnahme lud Kostas uns ein. Er und sein Team kochten vor einem Independent-Theater, bei einer Uraufführung eines Stücks an dem Arbeitslose und Arbeitnehmer*innen mitwirkten. Wir erkannten ihn sofort, sein gütiges Gesicht mit den strahlenden Augen. Er begrüßte uns so herzlich, als seien wir alte Freund*innen, die sich lange nicht gesehen hätten. Neben ihm lernten wir eine griechische Freiwillige kennen, die eigentlich in Hamburg studiert und in der vorlesungsfreien Zeit zurück in ihre Heimat kam, um das Projekt zu unterstützen.

Obwohl das Theaterstück bald begann, und Kostas so etwas wie ein Ehrengast war, nahm er sich Zeit für uns. Er erzählte, dass es ihm ein Anliegen ist, verschiedenste Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam zu essen. Alle Menschen haben Hunger und bewegen sich in denselben Straßen. Obdachlose, Arbeitende und Tourist*innen – sie alle sollen zusammenkommen: »Mein Wunsch ist, dass alle miteinander ins Gespräch kommen, mit all ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Mentalitäten, sich mit Respekt, Liebe und Solidarität begegnen und sich näherkommen.« Oft fehle das Wissen, wie man mit Unterschiedlichkeiten umgehen soll, das sei natürlich, könne aber überwunden werden. »Jeder Mensch macht Fehler, wir sind nun mal keine Computer, nur muss der eine mehr, die andere weniger dafür bezahlen. Wir können nicht entscheiden, wo oder als welche Person wir geboren werden, aber durch all unsere Adern fließt dasselbe Blut und das ist rot«, erklärt uns Kostas.

Früher hat er im Marketingbereich gearbeitet, wurde im Zuge der Wirtschaftskrise Griechenlands arbeitslos. Eines Tages sah er, wie Kinder Essen aus dem Müll suchten, während andere Menschen gleichgültig vorbeigingen oder wegschauten. Er sei überzeugt, dass die Augen zur Seele führen, diese Menschen hatten keine schlechte Seele, so Kostas, sie hätten sich entschieden, die Kinder nicht anzusprechen, da sie nicht wussten wie. In ihm kam in Folge dieses Erlebnisses die Idee auf, Essen zu teilen. Aber niemand habe belegte Sandwiches von ihm annehmen wollen. Erst als er angefangen habe, selbst eines zu essen, seien die Menschen nähergekommen und haben mit ihm gegessen. Dass er mit ihnen aß, habe den Menschen seinen Respekt für sie gezeigt.

In christlichen Gesellschaften, wobei Griechenland christlich-orthodox ist, lassen sich zwei Konzepte der Solidarität aus der Religion herleiten: Das eine geht auf die Philanthropie eines St. Martin zurück, das andere, welche Kostas gewählt hat, auf das gemeinsame Abendmahl, also auf eine Ebenbürtigkeit des Gegenübers. Ganz in diesem Sinne habe er Menschen zum Essen eingeladen, aber nie Geldgeschenke gemacht. Ob er nun umgeschult und kochen gelernt habe, fragten wir ihn und er verneinte, denn »the other human« sei auch Marketing und insofern genau wie sein alter Job: »Marketing ist Kommunikation, über die man die Bedürfnisse der Menschen erfasst. Nur muss ich keine Bedürfnisse schüren, die der Mensch selbst noch nicht hat.« Kostas arbeitet ganz auf Spendenbasis, mit Freiwilligen und ohne NGO sowie ohne staatliche Förderung, solidarisch, ohne Geld damit zu verdienen. Er sei Philanthrop im altgriechischen Sinne: Ausgestattet mit einer allgemeinen Menschenliebe, die alle gleich beträfe, auf niemanden herabschaue und keine Almosen verteile.

Alle zubereiteten Speisen stammen aus dem Supermarkt und werden gespendet, beim Kochen kann man zuschauen, und auch auf Hygiene werde geachtet, wie er berichtete. In Griechenland gibt es keine Kontrollen des Gesundheitsamtes, wenn im öffentlichen Raum Menschen privat eingeladen und bekocht werden. In jeder der 15 Küchen in Griechenland arbeiten acht bis zehn Freiwillige, darüber hinaus gibt es in Europa weitere Küchen, die auf seiner Idee basieren, unter anderem in Italien, Spanien, der Türkei und in Deutschland, in Berlin.

Kostas selbst braucht zum Leben nicht viel. Er selbst sagt, er habe nichts, aber trotzdem alles: Ein 130 qm großes Haus, jeden Tag Essen, 150 freiwillige Helfer*innen, zwei Autos und jeden Morgen, an dem er aufsteht, sei Leben im Haus, in dem sich täglich hunderte Menschen begegnen. Die Nachbarskinder kämen zum Spielen, es wurde für das erwähnte Theaterstück geprobt. Sein Haus sei mehr als ein Sozialzentrum, es sei ein Zuhause, durch Spenden finanziert. Die Menschen hätten ihn verändert. Einen gestifteten Preis für das Kochen auf Inseln, auf denen sich viele Geflüchtete aufhielten, habe er aus Überzeugung abgelehnt. Derartige Eitelkeiten passen nicht in seine Lebenswelt.

▲ The other human: Kostas bringt auf den Straßen Athens unterschiedliste Menschen beim Essen zusammen. Foto: Anja Lenkeit/David Klässig

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

NETZWERK NEWS

Frei sei der Mensch auf freier Erde!

NETZWERK der politische Förderfonds

Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

»Du mein Lieber, bist ein famoser Kerl, aber in Sachen der Schriftstellerei bist du ein pfuschender Anfänger, von dem mir nicht sicher ist, ob er eine in Betracht kommende literarische Begabung hat«, so lautet 1901 das – man möchte sagen – ungezwungene Urteil Landauers über Mühsams erste literarische Gehversuche. Landauers unverblümte Urteilsfähigkeit sollte in Folge ihre fast 20jährige Freundschaft noch so manches Mal auf die Probe stellen. Aber nicht nur Mühsam war der Schriftsteller, Übersetzer und libertäre Sozialist Landauer ein kritischer Freund und Mentor, sondern auch Martin Buber, Julius Bab und auch noch für den jungen Ernst Toller war er prägend.

Nicht umsonst sprach Landauer den Dichtern eine besondere Kraft zu: Er begriff sie als Motor der immer wiederkehrenden Revolution und Erneuerung, sah in ihnen das stetige, skeptische, mal nüchterne, mal emphatische Korrektiv der Utopie auf dem Weg in eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Seit 1892 Leiter der Redaktion des ›Sozialisten‹, machte er die Zeitschrift zur Stimme der deutschen Anarchisten. Und es verwundert nicht, dass Kurt Eisner ihn zu sich rief und seine Unterstützung für die Münchner Räterepublik forderte. »Ich bin der Alte, aber die Zeit will neu werden«, antwortete er ihm, »dessen freue ich mich von Herzen und helfe ihr, mit der rechten und mit der linken Hand, mit meinen letzten Kräften, wo ich kann«. Eine folgenschwere Entscheidung: Im Mai 1919 wird Landauer – wie so viele Revolutionäre der Zeit – von rechten Freikorps (den nationalistisch-monarchsitischen Schlägertrupps unter Eberts sozialdemokratischer Führung) in Stadelheim ermordet. Wie Toller später berichtete, hat man ihn verprügelt, misshandelt, in den Kopf und Rücken geschossen, ihn entkleidet, beraubt und tot in die Waschküche geschmissen.

»Anarchie ist das Leben der Menschen, die dem Joch entronnen sind.« - Ausstellung zu Landauers Zeit in Berlin

Die Ausstellung »Anarchie ist das Leben der Menschen, die dem Joch entronnen sind – Gustav Landauer in Berlin 1889-1917«, die sich mit dem Wirken Landauers in Berlin auseinandersetzt, kann voraussichtlich noch bis Mai im Rathaus Kreuzberg besucht werden. Die Initiatorin der Ausstellung ist die Gustav Landauer Denkmalinitiative, die sich 2015 gründete, letztes Jahr den politischen Beschluss eines Denkmals erwirkte und an den anarchistischen Denker sowie die libertäre Bewegung der Zeit öffentlich und gut sichtbar erinnern möchte. Anlässlich seines 100sten Todestages im Mai sind zudem verschiedene Veranstaltungen zum Leben und Wirken Landauers geplant. Auch themenbezogene Stadtführungen sind regelmäßig Teil des Programms. Termine stehen auf der Website der Initiative.

Hedi Himmelsweh

Weitere Informationen: https://gustav-landauer.org

SOZIAL UND ÖKOLOGISCH VERTRÄGLICHE, OFFENE TECHNOLOGIEN

Open Source Ecology

▲ LibreSolarBox am Messestand von OSEG e.V. bei der re:publica 2018.

▲ Logo am Vereinssitz in Berlin

Fotos: Open Source Ecology Germany

Technologieentwicklung zu demokratisieren und dabei auch ökologische und soziale Aspekte zu berücksichtigen, das ist die Idee der Open Source Ecology (OSE), die 2003 in den USA entstanden ist. Seit 2016 gibt es in Deutschland einen sehr aktiven Verein unter diesem Motto. Mit Contraste sprach Vorstandsmitglied Timm Wille.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Was genau bedeutet Open Source Ecology?

Der Ausgangspunkt ist die Open Source Hardware, also die Entwicklung von Technologien auf offene Art und Weise, nach dem Vorbild freier Software. So wie man dort den Code teilt, teilt man hier die Bauanleitung und den ganzen Entwicklungsprozess und entwickelt Technologien kollaborativ. Dafür ist ein anspruchsvoller Dokumentationsprozess notwendig, mit diesem Thema habe ich mich auch in meiner Masterarbeit beschäftigt.

Dann kam der Begriff »Ecology« dazu, was im Englischen mehr bedeutet als nur »Ökologie«, sondern es geht um Ökosysteme. Es ist der Versuch, technische, soziale und ökologische Aspekte in Einklang bringen. Wir orientieren uns dabei an den Kategorien Transparenz, Effizienz und Nachhaltigkeit. Uns geht es auch um eine Demokratisierung von Technologieentwicklung, bei uns kann jeder als Entwickler auftreten und mit entscheiden, was wie eingesetzt wird. Das war auch die Motivation hinter der Ursprungsidee in den USA: Man wollte nach diesen Kriterien die fünfzig wichtigsten Industriemaschinen entwickeln, die eine Gesellschaft braucht. Wir in Deutschland haben uns von dem Fokus auf Industriemaschinen ein wenig gelöst und wollen das Konzept in alle möglichen Bereiche hineintragen. So haben wir etwa einen Webstuhl und wenn jemand eine Waschmaschine entwickeln möchte, wäre das natürlich auch möglich.

Seit wann gibt es OSE in Deutschland und was ist deine Rolle?

Ich bin Ingenieur, mein Spezialgebiet ist erneuerbare Energie, und ich engagiere mich seit 2013 bei OSE. Ursprünglich bin ich dazu gekommen, weil ich eine Windturbine auf dieser Plattform entwickeln wollte, passend zu meinem Studium. Dann war ich so begeistert von der Art und Weise, wie hier zusammengearbeitet wird, dass ich begonnen habe, mich in der Koordination und Organisation einzubringen. 2016 haben wir einen gemeinnützigen Verein gegründet, dessen Vorsitzender ich derzeit bin. Daher verbringe ich viel Zeit mit Arbeit für die Community, mit der Koordination der Projekte und der mitmachenden Menschen, mit Kommunikation und Moderation der Kanäle, mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die technischen Dinge kommen da leider zu kurz, die Windturbine muss inzwischen warten. Irgendwann werde ich mich aus dem Orgakram wieder zurückziehen, wenn andere da sind, die das übernehmen wollen. Aber im Moment bin ich glücklich so und es macht Riesenspaß.

Wie kann man sich das nun praktisch vorstellen? Kannst du das an einem Beispiel schildern?

Es gibt eine relativ große, internationale Community, da kann jeder mitwirken und eigene Projekte einbringen. Wir wollen mit unserem Verein aber auch mehr in den Bereichen Forschung, Wissenschaft und Bildung aktiv werden, wenn es um die Entwicklung größerer Maschinen oder überhaupt neuer Technologien geht. Da ist ein gutes Beispiel unsere Zn/O-Brennstoffzelle. Es geht in diesem Projekt um die Entwicklung einer möglichst langfristigen Speicherlösung für elektrische Energie. Im Vergleich zu bestehenden Akku-Systemen bietet diese Technologie viele Vorteile: eine unbegrenzte Zyklenanzahl, unbegrenzte Lagerfähigkeit, sie besteht aus überall günstig erhältlichen Komponenten, die Komponenten sind absolut unschädlich für die Umwelt und sie bietet eine sehr hohe Energiedichte.

Wir machen dazu Grundlagenforschung, weil es da noch sehr wenig dazu gibt und im OS-Bereich gar nichts. Dieses Projekt ist aus der Überlegung eines saisonalen Speichers und einem ersten rudimentären Prototypen entstanden, anschließend hat jemand ausgerechnet, dass das Ding eine hohe Energiekapazität hätte, wenn man das ordentlich machen würde. Dann wurde das in kleinem Rahmen praktisch ausgeführt und dokumentiert. Damit waren wir auf mehreren Maker Fairs und plötzlich haben wir eine Anfrage bekommen von einem Unternehmen, das soziale Projekte unterstützen wollte. Wir haben ihnen mehrere unserer Projekte vorgeschlagen, sie haben sich für die Brennstoffzelle entschieden und unterstützten das Projekt mit einem Ingenieursteam. Und nun sind wir in der Finalisierungsphase für den Prototypen, mit dem man dann wirklich wissenschaftliche Testreihen machen kann.

Ein anderes Beispiel ist unsere LibreSolarBox. Dafür wurden mehrere Open Source Hardware Projekte zusammengeführt, ein Elektronikprojekt und die SolarBox selbst, ein tragbares Gehäuse, das dezentral und autark Stromversorgung und Speicherung erneuerbarer Energie mithilfe von Photovoltaik möglich macht.

Wie macht ihr die Baupläne und Dokumentation zugänglich? Wer nutzt sie? Treten Menschen mit euch in Kontakt, wenn sie eure Baupläne nutzen?

Grundsätzlich sind alle Dokumentationen und Baupläne im Wiki zugänglich. Generell bei OS Hardware gibt es viel Rücklauf, das gilt auch für uns, etwa für den Webstuhl. Um solche Dinge nachzubauen, braucht es Fingerfertigkeit, eventuell noch einen 3D-Drucker. Da ist es schwer zu sagen, wieviele Menschen das wirklich tun. Es gibt Erfahrungen aus den USA, da gibt es etwa die Ziegelsteinpresse, die schon an die hundertmal nachgebaut wurde. Viele OS Produkte finden sich auf der Thingiverse-Plattform und wurden teilweise tausendfach reproduziert.

Wir bewegen uns mit unserem Fokus auf Technologieentwicklung weg von der reinen DIY Ebene. Eine Windturbine oder die SolarBox sind schon anspruchsvoller, auch die Brennstoffzelle. Bei vielen unserer Maschinen sind wir ja noch in der Entwicklung, da ergibt sich der Rücklauf im Entwicklungsprozess. Unser Ziel ist schon, dass man diese Dinge dann auch einmal reproduzieren kann, aber in erster Linie geht es uns darum, nachhaltige Alternativen zu den bestehenden Lösungen zu entwickeln und nicht um Quantität im Nachbau. Gerade die Entwicklungsphase erfordert viel Knowhow, das würde unheimlich viel Geld verschlingen, wenn man dafür eine Firma gründen würde. Das ist gerade die Stärke des OS-Prinzips, dass man dieses ganze Wissen zusammenführt, dass nicht jeder das Rad neu erfinden muss. Dieses Wissen gehört dann nicht einem Unternehmen, das ein Patent darauf hat, sondern wir tragen es in die Gesellschaft.

Wie groß ist eure Community in Deutschland? Wie organisiert ihr euch? Wie trefft ihr Entscheidungen? Wie sieht das Geschlechterverhältnis aus?

Unser Verein bildet sozusagen das Kernteam, darum herum besteht eine lose, auch internationale Community, wo wir nicht den Anspruch haben, das genau abzubilden, wer Lust hat, beteiligt sich. Der Verein hat einmal im Jahr eine Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl, wo auch die finanziellen Dinge geregelt werden. Wir sind derzeit 30 Vereinsmitglieder, das klingt nicht viel, aber jedes dieser Mitglieder ist richtig aktiv, manche arbeiten 20 bis 30 Stunden pro Woche, zum größten Teil ehrenamtlich. Die engere Community rundherum sind etwa 100 Leute, die sporadisch helfen, dann gibt es mehrere 1.000 Follower in den Social Media Kanälen, bis hin zur internationalen Community. Es beteiligen sich sehr unterschiedliche Menschen, allerdings ist der Frauenanteil eher gering, das ist auch eines der Themen, an denen wir gerade arbeiten. Außerdem haben wir viele Ingenieure und Techniker, obwohl die Aufgaben eigentlich vielfältiger wären, etwa für die Kommunikation, die Bildung und die Moderation der Community.

Auf der Projektebene sind wir total selbstorganisiert. Zwar werden einige Projekte vom Verein betrieben, aber die wesentliche Aufgabe ist das Zurverfügungstellen der Plattform, die wir verwalten und moderieren. Das ist eine lose, selbstverwaltete Struktur, ein großes Netzwerk, das gerade deshalb sehr agil sein kann. Wir sagen, bei uns gibt es eine Kompetenzhierarchie und Motivationshierarchie. Wer andere Leute begeistern kann, findet ein Team und legt los. Zur Kommunikation nutzen wir derzeit vor allem Telegram, wo in etwa 50 Gruppen sehr eifrig diskutiert wird.

Die einzige Beschränkung ist unser Wertekatalog, an den man sich halten muss, sonst gibt es einen Rüffel von der Community. Der kritischste Fall bisher war der Melkroboter. Da in der Community auch viele Menschen vegan oder anderweitig bewusst unterwegs sind, entstehen hier immer wieder auch ethische Debatten. Bisher konnten wir alles friedlich und vor allem konstruktiv lösen.

Was sind die weiteren Projekte und Pläne?

Momentan passiert sehr viel gleichzeitig. Ein größeres internationales Projekt auf strategischer Ebene ist die Normung, wir wollen einen neuen Standard für OS Hardware in die Welt setzen, gemeinsam mit 25 internationalen Organisationen und dem deutschem Normungsinstitut.

Außerdem arbeiten wir – ebenfalls in der internationalen Community – an einem Open Hardware Observatory, einer Art Suchmaschine für alle OS Hardware weltweit.

In Deutschland sind wir dabei, konkrete Standorte aufzubauen, die OpenEcoLabs. Einer davon wird vom Verein verwaltet, die anderen entstanden in Kooperationen mit anderen Gruppen. Die Idee ist angelehnt an Ökodörfer, es sollen offene Modellorte werden, die sich nach OS Kriterien ausrichten. Wir wollen dort zeigen, dass Entwicklung und ganz allgemein gesellschaftliche Zusammenarbeit auch anders geht. Vom Wachstumsgedanken entkoppelt und dezentral, aber gemeinschaftlich an Sachen zu arbeiten, wurde erst durch Internettools möglich.

Es melden sich immer mehr Menschen und Orte, die mitmachen oder unterstützen oder selbst Werkstätten aufbauen wollen. Es gibt auch viele Veranstaltungen, es boomt richtig, das zeigt uns, das ist gerade die richtige Art und Weise etwas zu tun, wir konnten und werden als kleiner Verein viel bewegen.

Links:
OSE Germany: ose-germany.de
Wiki mit den verschiedenen Geräten:
wiki.opensourceecology.de
Wertekatalog:
wiki.opensourceecology.de/Open_Source_Ecology_Germany/Werte
OSE international (USA):
opensourceecology.org
Open Source Hardware Association:
oshwa.org
Thingiverse:
thingiverse.com

SAND IM GETRIEBE

Frits und das Jeannette-Noël-Haus in Amsterdam

Frits ter Kuile (56) lebt seit 1996 im Gemeinschaftshaus der Catholic Worker in Süd-Ost-Amsterdam. Zwischen 22 und 30 Menschen – die Zahl schwankt – haben sich dort zusammengefunden, rund die Hälfte sind Geflüchtete ohne Papiere. Es ist ein »Haus der Gastfreundschaft« in der Tradition der US-amerikanischen christlichen Anarchistin Dorothy Day. Contraste-Redakteurin Ariane Dettloff hat mit Frits über sein Engagement im Gemeinschaftsprojekt der Catholic Worker-Gruppe gesprochen.

Du bezeichnest dich als christlichen Anarchisten und Pazifisten und lebst in einer »Catholic Worker«-Gemeinschaft. Bist du katholisch?

Ein bisschen bin ich katholisch wegen der schönen Liturgie, aber ich bin im Herzen ein Quäker und ein bisschen Mennonit. Ich bin aber auch bourgeois, denn ich habe auch einen Ausweis und ein Bankkonto.

Nach wem ist das Jeannette Noël-Huis benannt?

Jeannette Noël war eine Anhängerin der Catholic Worker in den USA. Sie hat ihr Haus für Obdachlose geöffnet. Als das eines Tages abgebrannt war, zog sie zu Dorothy Day, der Gründerin der Bewegung, nach New York. Dort hat unser Mitbewohner Gerhard sie kennengelernt. Als er nach Amsterdam zurückkehrte und hier ein »Haus der Gastfreundschaft« nach dem New Yorker Vorbild gründete, hat er es nach ihr benannt.

Wie hat das Jeannette-Noël-Haus sich entwickelt?

Es ist kein einzelnes Haus, sondern ein Teil in einem großen Sozialwohnungsblock in Südost-Amsterdam. In unserer Nachbarschaft standen in den 90er Jahren viele Häuser leer, weil Holländer dort nicht wohnen wollten. Gerhard hat damals ein Appartement hier in Südost gemietet und dann ein Zimmer als »Zimmer für Christus«, also für einen bedürftigen Gast, hergerichtet (nach der Bibelstelle Matthäus 25: »Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.«). So hat das angefangen.

Dann hat die Wohnungsgesellschaft gesagt: »Wenn Sie wollen, können Sie auch drei Wohnungen mieten, aber dafür müssen Sie einen Verein gründen.« Das tat er. 2013 konnten wir einen Teil unserer Wohnungen kaufen. Fünf Appartements wurden zusammengefasst, weitere kamen hinzu. Wir haben ein Büro, das wir auch als Versammlungsraum nutzen, eine große Gemeinschaftsküche und ein Spielzimmer für die Kinder. Alles ist in einen Block von ca. 400 Sozialwohnungen integriert.

Wer gehört zu eurem »Haus der Gastfreundschaft«?

Zunächst die illegalisierten geflüchteten Menschen, die öfter auch wechseln. Zur holländischen Kerngruppe gehören Gerhard (58) und ich (56) mit meiner Frau (54) und meinem Sohn (14), weiterhin sechs Frauen und vier Männer (zwischen 26 und 70) sowie vier Kinder (1 bis 8).

Ihr wohnt nicht nur zusammen, sondern seid auch aktivistisch unterwegs – welche Aktionen macht ihr zum Beispiel?

Wir haben 25 Jahre lang Mahnwachen beim Abschiebeknast veranstaltet. Der ist aber jetzt nach Rotterdam umgezogen. Gestern war eine Klima-Demonstration, an der wir uns beteiligt haben. Wir waren auch bei »Ende Gelände« im rheinischen Braunkohle-Tagebau. Und wir protestieren gegen die Modernisierung der US-Atombomben im niederländischen Fliegerhorst Volkel. Wir sind auch immer wieder in Büchel in der Eifel bei den dort stationierten Atomwaffen.

Wie finanziert ihr euren Lebensunterhalt?

Es gibt in der Catholic Worker-Bewegung zwei Linien. Die eine richtet sich nach dem Apostel Paulus, der sagt: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!« Gerhard zum Beispiel vertritt diese Richtung. Also er arbeitet immer und schmeißt dann in unseren Gemeinschaftstopf, was er verspeist. Es gibt aber auch die Auffassung Jesus', der sagt: »Ach, kümmere dich nicht um Essen und Kleidung, sondern kümmere dich um Frieden und Gerechtigkeit, und Gott wird sich darum kümmern, dass du Essen und Klamotten hast.« Diese Linie habe ich sehr stark vertreten, als ich 1996 kam. Jetzt denke ich aber, dass beide Auffassungen berechtigt sind.

Reicht denn das, was die eine »Linie« einbringt oder braucht ihr auch Spenden?

Das reicht nicht. Aber zum Glück gibt es Menschen, die uns Lebensmittel, Kleidung und auch Geld spenden. Außerdem haben wir einen großen Gemüsegarten auf legalem Land, das die Kirche uns nutzen lässt. Und auf dem Bahngelände in der Nähe, das die Bahn nicht nutzt, haben wir angefangen einen Hochstamm-Obstgarten anzulegen mit Äpfeln, Birnen und Pflaumen – alte Sorten. Mit den Nachbarn zusammen wird jetzt auch ein Hühnerstall gebaut.

Wie trefft ihr Entscheidungen?

Wir machen jeden Montagabend ein Haustreffen. Da werden die Putzarbeiten verteilt, und da regeln wir den Kochplan. Ich bin nur alle 14 Tage dran. Das finde ich herrlich. Ich kann mich einfach an den Tisch setzen und lasse mich überraschen, was es gibt. Die Holländer möchten eher vegetarisch oder vegan essen, aber unsere Gäste finden: Fleisch muss auch sein. So gibt es beides, damit alle ein bisschen froh bleiben.

▲ Frits ter Kuile

Foto: Privat

Welche Vorteile bietet so ein Leben in Gemeinschaft für dich?

Dass ich meine Berufung leben kann. Ich habe Talente und viele Privilegien bekommen, und durch so ein Leben kann ich mit illegalisierten Menschen teilen, die so unglaublich wenig haben. Und dass aktive Gewaltlosigkeit hier geteilt wird, das ist super.

Kontakt: fritstk@gmail.com

Eine ungekürzte Version des Interviews könnt ihr lesen auf www.contraste.org.

SEENOTRETTUNG IM MITTELMEER

Was wir tun, ist legal – was sie tun, ist illegal

Die steirische Landeshauptstadt Graz war Ende Februar Schauplatz der Weltpremiere des Filmes »Die Mission der Lifeline«. Nach dem Screening standen Kapitän Claus-Peter Reisch und der Gründer der Organisation, Axel Steier, dem Publikum Rede und Antwort.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Unter der Regie von Markus Weinberg begleitet der Film Axel Steier und sein Team zwei Jahre lang auf ihrer Mission der zivilen Seenotrettung, vom Beginn 2016 in Dresden bis zum – vorläufigen – Ende in Malta, wo das Rettungsschiff derzeit festgehalten wird. Ohne großes Pathos zeigt der Film einfach was ist. Die Bemühungen, ein Schiff zu organisieren, werden immer wieder kontrastiert mit Pegida-Demos in Steiers Heimatstadt Dresden, wo er beschimpft und, bereits bevor es überhaupt ein Schiff gibt, wegen Schlepperei angeklagt wird. Die Anklage wird fallen gelassen, die Anfeindungen bleiben.

Mithilfe vieler Spender und gemeinsam mit einer spanischen Organisation gelingt es schließlich, ein Schiff zu kaufen und auszurüsten. Die Kameras begleiten die Mannschaft durch alle Höhen und Tiefen einer Rettungsfahrt. Das Publikum erlebt das Glück gelungener Rettungen ebenso wie den Schrecken, von der libyschen Küstenwache beschossen zu werden oder die Ohnmacht angesichts des Desinteresses – oder bewussten Hinhaltens – der zuständigen Behörden. Der Film endet mit der bisher letzten Fahrt der Lifeline, wie sie nach einer tagelangen Odyssee mit 230 Flüchtlingen an Bord in Malta anlegt, Mannschaft und Schiff den Hafen jedoch nicht mehr verlassen dürfen.Die Situation im Mittelmeer sei dramatisch, momentan nur ein einziges Schiff unterwegs, die anderen Schiffe seien entweder wie die Lifeline beschlagnahmt oder sie würden mit fadenscheinigen Gründen am Auslaufen gehindert, meinte Kapitän Reisch. Auch die Suchflugzeuge seien Schikanen ausgesetzt. Es werde also nicht nur die Seenotrettung verhindert, sondern auch das Überwachen dieses Seeraums, das Alarmieren und Dokumentieren. »Man versucht einfach, einen Vorhang vor dieses Drama zu ziehen, damit wir in Mitteleuropa es nicht mehr sehen können.«

Die europäischen Militärschiffe hätten sich zurückgezogen, »die sieht man meist weit entfernt vor der libyschen Küste, wo die Wahrscheinlichkeit sehr gering ist, dass Menschen zu retten sind«, erzählt er. Das Militär sei in der Seenotrettung seit über einem Jahr völlig inaktiv, es seien nur mehr zivile Rettungsschiffe unterwegs, die mit allen Mitteln behindert oder sogar kriminalisiert werden. Dabei, so Axel Steier, sei es nicht nur legal, sondern sogar verpflichtend für jeden Kapitän bei Seenotfällen zu helfen, illegal sei, was die europäischen Regierungen tun.

Mit Booten, wie sie im Film zu sehen sind, sei es überhaupt nicht möglich, nach Europa zu kommen, so Claus Reisch, und das sei auch gar nicht beabsichtigt. »Diese Schlauchboote haben fünf Luftkammern, die hat mein privates, kleines Schlauchboot auf dem Segelboot auch, nur ist die Qualität der Folie besser«, erklärt er. Den Menschen werde gesagt, die Lichter, die sie sähen, wenn sie in der Nacht losfahren, seien Italien, dabei handle es sich um den Widerschein der Gasabfackelung der Ölfelder vor der libyschen Küste. »Die haben Sprit für maximal 50 Meilen und dann ist Ende, die kommen niemals irgendwo an, wenn sie nicht zufällig entdeckt werden.« 2017, so Axel Steier, sei die Lifeline noch fünf Missionen am Stück gefahren, nun liegt sie seit Sommer 2018 vor Malta, allein die Instandhaltung verschlinge jede Menge Geld. Derzeit gehen die Anstrengungen dahin, das Schiff wieder zu bekommen und Kapitän Claus-Peter Reisch zu verteidigen. Ihm drohen eine Geldstrafe bis zu 11.000 Euro oder eine Freiheitsstrafe bis zu zwölf Monaten, wegen eines angeblichen Registrierungsfehlers des Schiffes. Um bis dorthin nicht untätig zu bleiben, wurden inzwischen zwei kleinere Schiffe gekauft, um im Frühjahr wieder losfahren zu können. Denn auch die libysche Küstenwache sei nach wie vor sehr aktiv und bringe tausende Menschen aus internationalen Gewässern zurück nach Libyen, im Auftrag und finanziert von der EU. »Dort werden Menschen gefoltert und davon Videos angefertigt und Familien und Freunden zugeschickt, die dann Lösegeld bezahlen müssen. Das ist das berühmte Geschäftsmodell der libyschen Küstenwache, die der Partner der EU ist.« Die einzige Möglichkeit, Schleppern das Handwerk zu legen, seien, so Steier, legale Fluchtwege nach Europa.

Trotz der aktuellen Kämpfe in Libyen hält die EU weiterhin an der Kooperation mit der sogenannten libyschen Küstenwache fest. Claus-Peter Reisch und die Organisation Mission Lifeline erhielten inzwischen den Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte verliehen.

Link: mission-lifeline.de

Filminfos: augohr.de/catalogue/mission-lifeline

ANZEIGE

KOMMUNE ALS UNTERSTÜTZUNG IN KRISENSITUATIONEN

Selbstverständliche gelebte Solidarität

Ein Schicksalsschlag kann uns alle vor ungeahnte Herausforderungen und unser Leben völlig auf den Kopf stellen. Ein solidarisches Netzwerk wie das einer Kommune kann in solchen Situationen eine große Unterstützung und Entlastung sein, wie dieser sehr persönliche Text zeigt. Ein*e Kommunard*in lässt uns teilhaben an den Erfahrungen, die sie in ihrer Gemeinschaft machen durfte. Er*sie möchte anonym bleiben.

▲ Gemeinsam stärker: Menschen aus dem KommuJa-Netzwerk beim letzten Kommunetreffen 2018 in der Schweiz. Foto: Regine Beyß

Es war ein sonniger Augustnachmittag. Ich stand am Waschbecken und erledigte den Kommuneabwasch, als mein Handy klingelte. Wie oft kommt es vor, dass ein einziger Anruf dein ganzes Leben ändert? Den Abwasch würde ich jedenfalls nicht mehr zu Ende machen… Meine Freundin war dran. Sie lebte in der Großstadt, ich auf dem Land – Fernbeziehung. Heute hatte sie einen wichtigen Arzttermin. Schon bei ihren ersten Worten wusste ich, dass etwas Schlimmes passiert war. Das Wort Tumor ahnte ich, bevor sie es aussprach. Für einen kurzen Moment stieg Panik in mir hoch, doch ich schob sie vorerst beiseite. Mein Gehirn schaltete auf Krisenmodus. Kurz überlegte ich, dann sagte ich: »Ich bin noch heute Abend bei dir. Schaffst du das so lange?« Das beruhigte sie ein wenig.

Ich ging in meinen Bauwagen. Ich wusste immer, dass einmal der Moment kommen würde, in dem ich in fünf Minuten alles, was ich auf unbestimmte Zeit zum Überleben brauchen würde, in meinen Rucksack packen und weg gehen musste. Ich hatte zwar immer gedacht, dass Nazis oder zumindest die Polizei oder doch noch die Revolution eine Rolle dabei spielen würden, doch für mich machte das in diesem Moment kaum noch einen Unterschied. Während ich packte überlegte ich: Irgendwer musste mich zum Bahnhof bringen und einen Kommunedienst hatte ich auch noch für den Abend zugesagt. Geld brauchte ich auch. Wie gut, dass wir immer genug Bargeld in der Kommunekasse hatten.

Konsens steht fest

Ich ging wieder in die Küche. Dort traf ich einen der Kommunarden. Er sah mich fragend an. Ich sagte nur. »Ich muss jetzt in die Großstadt. Notfall! Es gibt noch einen halben Abwasch, irgendwer muss meine Schicht heute Abend übernehmen und ich muss zum Bahnhof gebracht werden.« Ohne weitere Erklärungen fanden sich Leute, die alles übernahmen. Für Fragen blieb keine Zeit. Außerdem war ich längst noch nicht bereit, die niederschmetternde Wahrheit offen auszusprechen. Das Wort Notfall reichte aus, um den Leuten klar zu machen, wie wichtig die Sache war. Ich war also erst mal weg.

Nach einer knappen Woche bei meiner Freundin, in der wir zusammen durch die Hölle gingen, kam ich zum nächsten Plenum wieder nach Hause. Inzwischen wusste ich mehr über die Situation und wollte sie meinen Mitkommunarden gerne persönlich erklären. Es könnte schlimm werden und es könnte sein, dass ich erst einmal eine ganze Weile weg sein würde. Unfreiwillige Auszeit, sozusagen. Ausgerechnet in der Jahreszeit, in der es bei uns am meisten Arbeit gab und wir sowieso schon auf Hilfe von außerhalb angewiesen waren, wollte ich also auf unbestimmte Zeit ausfallen. Das war keine einfache Anfrage und würde unter normalen Umständen vermutlich viele kritische Fragen aufwerfen.

Doch die Reaktion des Plenums überraschte mich. Ich hatte zwar nicht direkt mit einem Nein gerechnet, doch hatte ich immerhin irgendeine Art von Widerstand erwartet. Stattdessen stand der Konsens ziemlich schnell und eindeutig fest: »Wir schmeißen den Laden hier auch ohne dich. Das wird nicht einfach, aber machbar. Nimm dir so viel Zeit wie du brauchst!« Außerdem bekam ich auf meine Anfrage hin noch eines der Kommuneautos auf unbestimmte Zeit ausgeliehen. Einfach so. »Brauchst du Geld?« fragten sie noch, doch in dieser Hinsicht waren wir bereits durch den Vater meiner Freundin gut versorgt.

Selbstverständliche gelebte Solidarität – das war einer der Gründe, weshalb ich damals in dieses Projekt gezogen bin. Jetzt konnte ich sie in ihrer stärksten Form hautnah miterleben. Manchmal gibt es sie, die Utopien, über die wir immer so viel reden – ganz real, ganz konkret, wenn du sie am dringendsten brauchst.

Es ist Anfang Januar. Noch immer bin ich in der Großstadt. Seit mehr als vier Monaten begleite ich meine Freundin nun schon auf dem schwersten Weg, den ich jemals gegangen bin. Nach acht Zyklen Chemotherapie zeichnet sich nun endlich ein Ende der Behandlung ab. Der Weg zur Normalität, falls diese je wieder eintreten wird, wird zwar noch Jahre dauern und ein tödlicher Rückfall droht nach wie vor jederzeit, doch wenigstens bis hierhin haben wir es geschafft. Zum ersten Mal seit Monaten machen wir wieder vorsichtige Zukunftspläne.

Es war notwendig, diesen Weg so weit mit meiner Freundin zusammen zu gehen, denn alleine hätte sie ihn gewiss niemals geschafft. Doch es ist nicht selbstverständlich, die Zeit und die Energie zu haben, geliebte Menschen in einer Krisensituation so intensiv begleiten zu können. Ich konnte es nur, weil meine Kommune mich darin unterstützt hat. Andere Menschen hätten nebenbei noch lohnarbeiten gehen müssen oder hätten sich monatelang frei nehmen und dann womöglich um ihren Job fürchten und Existenzängste haben müssen. Doch mein Kollektiv hielt mir den Rücken frei. Das Plenum hatte es so entschieden, weil es ging und weil es notwendig war.

Pflege als Vollzeitjob

Der Job als Krankenpfleger*in war ein Vollzeitjob. Zwischen der Chemotherapie gab es regelmäßig Phasen, in denen meine Freundin sich kaum noch bewegen konnte. Zudem war sie immunsupprimiert, was bedeutet, das ihr jeder Krankheitserreger sehr gefährlich werden konnte. Und sie verlor stetig an Gewicht – inzwischen etwa 15 kg. Ich kochte also drei mal am Tag steriles warmes Essen, putzte penibel die Wohnung, wusch täglich ihre Wäsche, ging einkaufen, fuhr sie zu diversen Ärzten oder manchmal auch mitten in der Nacht ins Krankenhaus. Ich versuchte sie zu beruhigen, wenn ihr wieder einmal alles zu viel wurde, versuchte ihr Mut zu machen, sie zu trösten, für sie da zu sein. Und manchmal schaffte ich es zwischendurch sogar, mich auch mal um meine eigenen Bedürfnisse zu kümmern. Doch eigentlich war der Job meistens zu viel für eine einzige Person, weshalb wir häufig noch die Unterstützungen von Freund*innen aus der Großstadt brauchten. Meine Kommune konnte ich zwischendurch nur selten für wenige Tage zum Kraft tanken besuchen und auch nur, wenn dort gerade alle ganz gesund waren, damit ich keine ansteckenden Keime wieder mit zu meiner Freundin zurück brachte. Nicht ganz einfach bei einer mittelgroßen Landkommune in der Erkältungssaison.

Außer mir konnte jedenfalls keine*r aus dem Umfeld meiner Freundin die Krankenpflege Vollzeit übernehmen. Und wenn ihr glaubt, der Sozialstaat sei für euch da, falls ihr einmal Krebs haben solltet, muss ich euch leider enttäuschen. Es gibt kaum Pflegeangebote für Krebspatient*innen und selbst für diese brauchen die Anträge meist länger, als die Therapie im Endeffekt dauert. Es braucht die Angehörigen, die in solchen Situationen die Pflege leisten, weil die Patient*innen andernfalls in menschenunwürdigen Zuständen alleine gelassen werden. Pflegenotstand ist real – nicht nur im Krankenhaus! Wobei ich inzwischen auch so einiges über den Pflegenotstand im Krankenhaus berichten könnte…

Auf der Krebsstation kennen sie mich jedenfalls mittlerweile. Ich glaube, sie denken, ich sei arbeitslos, weil ich jeden Tag da bin, wenn meine Freundin dort die Nächte verbringen muss. Ich bin der*die Einzige, der*die so oft kommt. Das fällt auf. Was ist bloß los mit dieser Welt? Mir ist unerklärlich, wie andere Menschen ähnliche Situationen überleben, die kein solidarisches Netzwerk oder nicht wenigstens jede Menge Geld hinter sich haben.

Aus meiner Kommune ist jetzt sogar noch ein anderer Kommunarde als Unterstützung für mich gekommen, weil uns irgendwann die Helfer*innen aus der Großstadt ausgegangen sind. Meine Freundin hat dort eigentlich ziemlich viele Freund*innen, doch anscheinend lässt die kapitalistische Großstadtrealität zu wenig Raum für verbindliche Beziehungen, die sich im Zweifel als krisentauglich erweisen. Am Ende sind Karriere, Hobbys oder andere Freundschaften oft wichtiger als eine Freundin in Not.

Umso wichtiger finde ich es, dem ganzen Wahnsinn tragfähige Alternativen entgegenzusetzen. Die Kommune zählt für mich definitiv dazu. Sie kann einen erstaunlichen Beitrag leisten, um die Lage der von Krankheit betroffenen Menschen deutlich zu verbessern. Sogar wenn, wie im Falle von meiner Freundin, die erkrankte Person nicht einmal Teil der Kommune selbst ist.

Der Text erschien zuerst in der internen Zeitung von »KommuJa - Netzwerk der politischen Kommunen«.

ANZEIGEN

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 4/19 u.a.:

- Forum kritische politische Bildung: »Der Bundesfinanzhof und sein Bildungsverständnis« – Zur Bedeutung des attac-Gemeinnützigkeitsurteils
- Reiner Heyse: »Ein Trippelschritt in die richtige Richtung« – Die Grundrentenpläne von Hubertus Heil
- Rudolf Walther: »Völlig planlos?« – Ludwig Erhardt war nicht der Vater der Sozialen Marktwirtschaft
- Stefan Schoppengerd: »Nichtsregierungsorganisationen« – Die Auseinandersetzung um völkerrechtlich verbindliche Standards in globalen Wertschöpfungsketten
- Wilfried Leisch: »Türkis-Blaues Alpenglühen« – Über innige Verbindungen in der Mitte Österreichs
- Robert Schlosser: »Keine Illusionen« – Bedeutung betrieblicher Oppositionsarbeit a.B. GoG Bochum

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

EXTINCTION REBELLION

Aufstand oder Aussterben

Weltweit sorgen sich Menschen um das Erdklima und die Folgen der raschen Erwärmung. Aktivist*innen schlagen mit unterschiedlichen Methoden Alarm. Aus England berichtet Paul Davies für CONTRASTE über Klima-Proteste in London, Norwich und weiteren britischen Städten und deren Zusammenhang mit Protestkulturen insgesamt.

PAUL DAVIES, NORWICH

Die »Extinction Rebellion« (»XR«) ist eine gewaltfreie ökologische Aktionsgruppe, die sich zuerst in London und danach in 35 Ländern weltweit gegen die Klima-Katastrophe gebildet hat. Sie wurde im Oktober 2018 gegründet und hat vor allem im November vergangenen Jahres durch die Groß-Blockade der fünf wichtigsten Themse-Brücken Aufsehen erregt. 6.000 Menschen haben daran teilgenommen. Dadurch wurden zentrale Teile der britischen Hauptstadt lahmgelegt. 85 Personen wurden deswegen festgenommen. Weitere Straßenblockaden folgten in Middlesbrough und Oxford, ohne dass Teilnehmende verhaftet wurden. XR agiert unabhängig von etablierten Öko-Gruppen wie »Greenpeace« (es wird eher als Unternehmen denn als Bewegung betrachtet) oder »Friends of the Earth«. Ziel von XR ist es, auf den Klimawandel und die damit drohende Ausrottung von Lebewesen und Zerstörung der Umwelt aufmerksam zu machen.

Im Februar hat XR den Rathaussaal in der Grafschaft Norfolk besetzt, um zu verhindern, dass dort die Verlängerung einer Biotop-zerstörenden Umgehungsstraße entschieden wird.

XR fordert Städte und Bezirke auf, den Klima-Notstand auszurufen. Tatsächlich haben bis jetzt (Stand März 2019) bereits 22 britische Bezirke einen Klima-Notstand erklärt und streben bis 2030 ihre CO2-Neutralität an.

Die XR-Gruppen – national wie lokal – sind in den Social Media sehr präsent. Auch die »Peace News«, ein angesehenes, seit langem etabliertes Magazin, das für gewaltfreien Wandel eintritt, berichtet regelmäßig über deren Aktionen. Allerdings kritisiert Letzteres an XR, es sei schwierig, Kampagnen mit einer so großen Bandbreite wie der von XR zu führen. Ohne klaren Fokus tendiere sie dazu, eher diffuse Botschaften auszusenden.

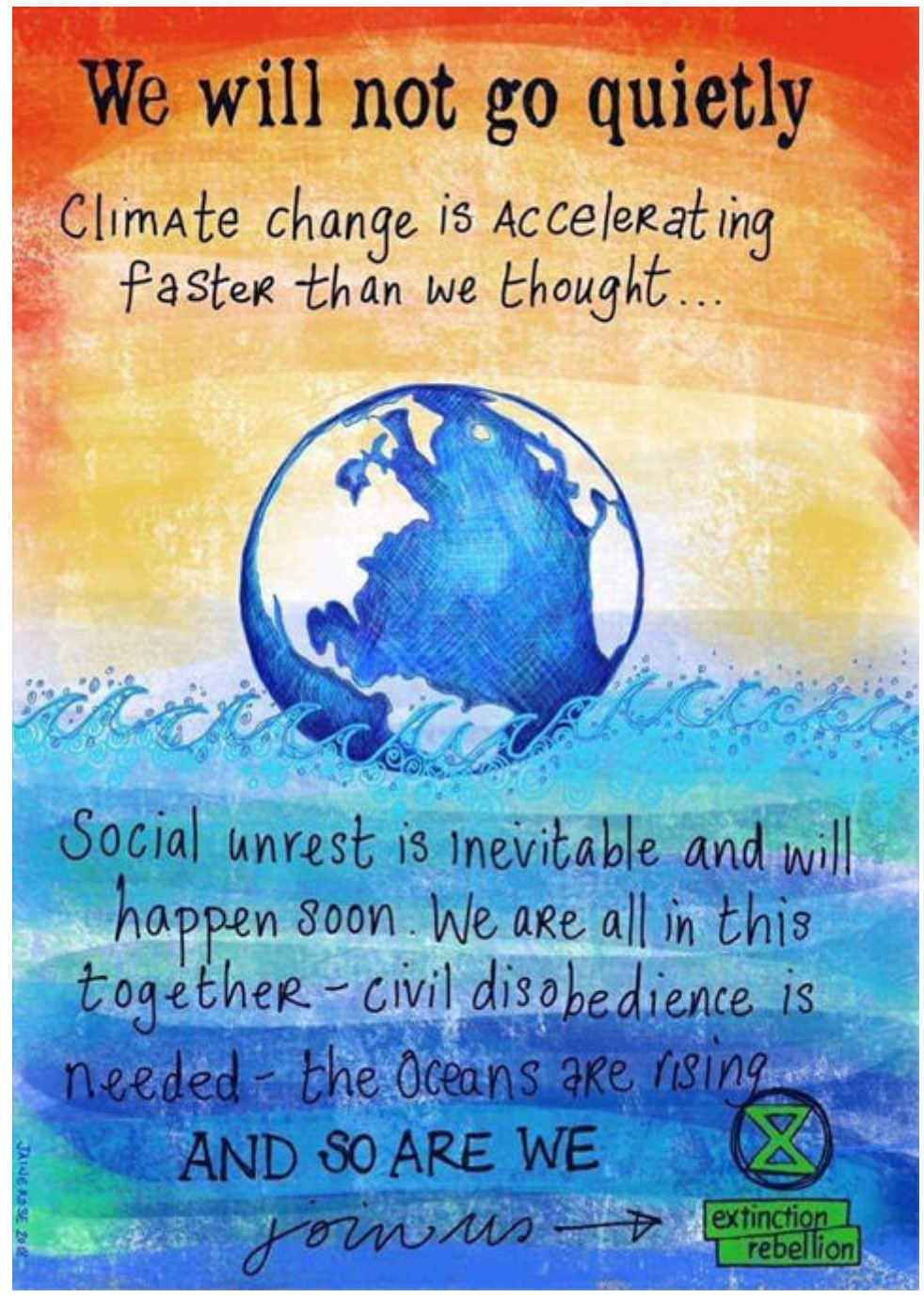
Moderater und eher lokal verankert ist die Gruppe CHAIN (Climate Hope and Action in Norwich). Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Klimawandel in und um die Stadt selbst. Diese Gruppierung hat zahlreiche Veranstaltungen organisiert und sich vor kurzem den monatlichen Mahnwachen der Friedensbewegung Norwich angeschlossen, um den Klima-Frieden zu deklarieren.

Die aktuell erfolgreichsten Klima-Aktivist*innen sind augenscheinlich nicht mehr die üblichen gealterten Radikalen, sondern Jugendliche, die ihre Sorge darüber zum Ausdruck bringen, wie die alteingesessenen politischen Parteien dabei versagen, ihre und die Zukunft der Natur zu bewahren. Sie folgen dem einzigartigen Protest der 16-jährigen Schwedin Greta Thunberg genauso wie deutsche Schüler*innen unter dem Motto »Fridays for Future«. XR, sowie die Schulstreik-Kampagne treten in die Fußstapfen jahrzehntelangen Protests und stehen zugleich auch in der Tradition der Gegenkulturen der Beatniks und Hippies der 50er bis 70er Jahre, sowie der späteren britischen Friedensbewegung und der Anti-Atom-Proteste der Jahre 1970 bis 1990.

XR in Deutschland

Seit dem Abzug der US-Atombasen in Greenham und Molesworth und dem Aufstieg der Social Media hat die Kampagne gegen den Waffenhandel »CAAT« den Fokus der Proteste vermehrt auf die Wurzeln der Konflikte gelenkt und die Geschäfts(un)moral, sowie den Militarismus allgemein in den Blickpunkt gerückt.

Nicht übersehen werden sollte aber auch die positive Rolle, die Britanniens nationale Medien, insbesondere der »Guardian« und die »Times« spielen, indem sie unter anderem das Artensterben zum Thema machen, ebenso wie die weitere wissenschaftliche Erkenntnisse und auch die Aktivitäten der Extinction Rebellion.



▲ Der Meeresspiegel steigt: Aufruf zu zivilem Ungehorsam von Extinction Rebellion sein. Grafik: XR

Extinction Rebellion hat mittlerweile auch mehr als 20 Ortsgruppen in Deutschland. Zu Beginn einer Internationalen Aktionswoche der XR haben etwa 300 Menschen am 15. April mit einer Blockade der Oberbaumbrücke in Berlin für einige Stunden für bessere Luft gesorgt. »Unsere Regierung verharrt in empörender Untätigkeit und versagt in ihrer Aufgabe, uns vor der Klimakatastrophe zu schützen«, erklärte Hannah Elsholst von XR Deutschland. »Viele von uns sind deshalb bereit, persönliche Opfer zu bringen und Verhaftungen zu riskieren. Dieser bewusste Regelbruch bleibt unsere letzte Möglichkeit, nicht länger ignoriert zu werden.«

Links:
www.extinctionrebellion.de
www.rebellion.earth

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Antirepressionsstrategie erfolgreich

Kohle erSETZEN blockierte 2017 das Braunkohlekraftwerk in Neurath. Zahlreiche Aktivist*innen bekamen hohe Bußgeldforderungen (teilweise 500 Euro). Die Bilanz nach anderthalb Jahren: Widerspruch lohnt sich. Zwei Verfahren wurden vom Amtsgericht Grevenbroich in der Höhe deutlich reduziert (auf 100 Euro), weitere Reduzierungen folgten dann im Schriftverkehr. Einige Bußgelder wurden komplett gezahlt und einige der Verfahren, bei denen Einspruch eingelegt wurde, sind vermutlich verjährt, weil es sechs Monate lang keinerlei Aktivität in den Verfahren gab. Das einzige Strafverfahren wegen Nötigung und Verstoß gegen das Versammlungsrecht als angebliche Versammlungsleitung wurde eingestellt. Die Soli-Gruppe von Kohle erSETZEN zieht Bilanz: Solidaritätsarbeit zahlt sich auch finanziell aus. Bei großen Aktionen zivilen Ungehorsams wird immer nur ein kleiner Teil der Beteiligten verfolgt – mehr würde die Behörden überlasten. Rauszögern und Arbeit machen ist bei Ordnungswidrigkeiten mit ihrer kurzen Verjährungsfrist eine gute Strategie. Den Gerichten Arbeit zu machen, schützt andere, deren Verfahren noch laufen.

Hambi-Räumung und der Umgang damit

Die Räumung im Hamacher Forst hat auch Antirepressionsstrukturen stark beschäftigt: Rund um die Uhr mit mehreren Leuten am Telefon und über einen Monat fast täglich Gefangene. Für den Zeitraum August/September gibt es eine Zusammenfassung vom aktiven Ermittlungsausschuss (EA): **http://antirrr.blogsport.de/2018/10/02/rueckblick-repression-im-und-um-den-hambacher-forst-ende-august-ende-september-2018/**

Viele Menschen haben Polizeigewalt erlebt. Die Rechtshilfegruppe AntiRRR glaubt, dass das Teilen von Erfahrungen sinnvoll ist und möchte Erfahrungsberichte von Polizeigewalt sammeln und anonymisiert veröffentlichen. Wer etwas berichten möchte, kann (am besten verschlüsselt) eine E-mail schreiben an: **legalsupporthambi@riseup.net.**

Es kursiert allerdings auch ein Aufruf, die Erfahrungen vor Gericht zu bringen und eidesstaatliche Versicherungen zu hinterlegen, um Anzeige erstatten zu können. AntiRRR hält das für hochgradig gefährlich und politisch nicht sinnvoll. Der ausführliche Text »We dont talk to cops« steht unter: **http://antirrr.blogsport.de/2019/01/16/we-dont-talk-to-cops-zu-strafanzeigen-und-aussageverweigerung**

Ankettblockade eines Kohlezuges bleibt straffrei

Es war die erste Ankettblockade eines Kohlezuges. Im August 2012 kettete sich eine Gruppe von fünf Aktivisten mit Unterstützung weiterer Personen auf der damaligen Hambachbahn fest und legte so für mehrere Stunden die Transportstrecke für Braunkohle vom Tagebau in das Kraftwerk Niederaußem lahm. Das Besondere an der Aktion: Es war die erste ihrer Art, und sie hatte gleich zwei Ziele. Zum einen sollte sie die Debatte um Klimawandel und Kohleausstieg befeuern. Zum anderen sollte sie der noch zaghaften Klimabewegung Mut machen, über symbolische Aktionen hinauszugehen. Nicht zufällig fand die Blockade kurz nach der Besetzung des Hambacher Forstes statt.

»Der Rückzieher des Gerichts ist eine Einstellung erster Klasse«, heißt es von den ehemals Angeklagten. Denn sie erfolge voll auf Staatskosten. Ankläger und Gerichte hätten erkennbar Angst gehabt vor der geplanten offensiven Strategie vor Gericht. Vorgeworfen war nämlich eine Störung von Betrieben der Daseinsvorsorge. Die Angeklagten und ihre Rechtsbeistände wollten beweisen, dass das Kraftwerk dafür nicht notwendig war und ist. Stattdessen gefährde es das Dasein.

Gießen: Prozess um Schwarzfahren

Seit einigen Jahren schien in Gießen der vielerorts tobende Kampf um die Frage des gekennzeichneten, also nicht »erschlichenen« Fahrens ohne Fahrschein entschieden. Wer mit Hinweisschild und Flyern unterwegs war, hatte nur die 60 Euro Nachlösegebühr zu zahlen – und das nur, wenn das Einkommen über den Pfändungsgrenzen lag. Nun aber ist doch wieder eine Anklage erhoben worden. Es ist ein besonderer Fall – nicht so sehr aus politischer Sicht, sondern im Hinblick auf das Verhalten der Bahn. Der Antrag auf Pflichtverteidigung wurde abgelehnt – die Rechtslage sei einfach. Gerichtstermin: Dienstag, 4. Juni 2019, im Amtsgericht Gießen, Gutfleischstr. 1, Raum A 204.

Kopien sind kostenfrei

Das wissen auch Gerichte nicht immer, daher sei es hier einmal dokumentiert. Im Kostenverzeichnis Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2) zum Gerichtskostengesetz (dort Teil 9 Nummer 9.000, vormals § 136 Abs. 4 der Kostenordnung) heißt es: »Frei von der Dokumentenpauschale sind für jede Partei, jeden Beteiligten, jeden Beschuldigten und deren bevollmächtigte Vertreter jeweils 1. eine vollständige Ausfertigung oder Kopie oder ein vollständiger Ausdruck jeder gerichtlichen Entscheidung und jedes vor Gericht abgeschlossenen Vergleichs, 2. eine Ausfertigung ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe und 3. eine Kopie oder ein Ausdruck jeder Niederschrift über eine Sitzung.«

Jörg Bergstedt

EINFÜHRUNG UND ÜBERBLICK

Zeitbanken als Standbein der Altersvorsorge

Lässt sich Zeit ansparen? Funktioniert ein Sozialstaat ohne Wirtschaftswachstum? Verbessert sich unsere Lebensqualität mit weniger Konsum und Arbeit? Wie verändert sich die Gesellschaft, wenn soziales Engagement, Mitgefühl und Hilfsbereitschaft anerkannt und belohnt wird? Zeitbanken können darauf Antworten geben.

KLAUS REICHENBACH, KASSEL

▲ Gegenseitige Unterstützung mit Lebenszeit: Zeitbanken funktionieren über Dienstleistungen, die ich anderen ohne finanzielle Gegenleistung zur Verfügung stelle. Foto: Pixabay

Eine einfache Idee: Ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwohl wird honoriert. Geleistete Stunden werden in eine Zeitbank eingezahlt. Diese Stunden können im Alter oder bei Pflegebedarf wieder abgerufen werden, eine Form von zeitversetzter gegenseitiger Hilfe. Die Idee funktioniert ähnlich wie Tauschringe. Zeitbank- oder Tauschring-Mitglieder bieten über ein gemeinsames System Dienstleistungen an. Bei Bedarf werden diese von anderen Mitgliedern abgerufen. Wichtig ist: In beiden Organisationsformen gibt es keine Möglichkeit, Gewinne zu erzielen. Es geht um gegenseitige Unterstützung, um soziale Kontakte und Austausch.

Mit Hilfe einer Zeitbank werden Zeitguthaben für das Alter angespart. Das schließt aus systemischen Gründen den Tausch von Waren gegen Dienstleistungen aus. In einem Zeitbanksystem wird nur die aufgewendete Zeit auf dem Mitgliedskonto für das Alter oder für einen eintretenden Pflegebedarf angespart. Zeitbanken tragen so dazu bei, dass Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können, statt in teure Pflegeeinrichtungen umzuziehen. Im Tauschring beinhaltet das Konzept den permanenten (Aus-)Tausch von Dienstleistungen aber auch von Waren. Die erworbenen (Zeit-)Gutschriften sollen möglichst schnell erneut in Umlauf kommen. Ein langfristiges Ansparen ist in Tauschringen nicht möglich. Das würde den Austausch innerhalb des Systems ausbremsen oder sogar verhindern.

Unterstützung sozialer Vernetzung

Mehrere Finanzkrisen haben vorgeführt, wie krisenanfällig Geld und damit verbundene Systeme sind. Zeitbanken arbeiten weitgehend mit (Lebens-)Zeit. Diese kennt keine Inflation, eine Stunde bleibt immer eine Stunde. Die Zeitverrechnung benötigt kein kompliziertes Verfahren wie in der gesetzlichen Rentenversicherung. Angesparte Zeitrenten können eins zu eins ausgezahlt werden und müssen nicht an der aktuellen oder zukünftigen Kassenlage ausgerichtet werden.

Zeitbanken lassen sich zum vierten Standbein einer zukünftigen Altersvorsorge weiterentwickeln. Angesichts des abnehmenden Wirtschaftswachstums, des demografischen Wandels und einer zunehmenden Altersarmut können sie die Funktion einer inflationssicheren und selbstbestimmten Form der Alterssicherung und damit eine für die Zukunft der Gesellschaft wichtige Rolle einnehmen. Darauf aufbauende Modelle unterstützen die soziale Vernetzung innerhalb von Nachbarschaften erheblich. Im Gegensatz zu kommerziell erbrachten (Pflege-)Dienstleistungen sorgen Zeitbanksysteme dafür, dass Menschen im Alter oder bei Pflegebedarf in der Mitte der Gesellschaft verbleiben. In Zeiten der Erwerbslosigkeit bieten sie zudem sinnvolle Möglichkeiten, für das Alter und eine bessere Versorgung zu sparen.

Die benannten Vorteile sind so bestechend, dass Zeitbanken seit der Finanzkrise 2008 in Deutschland boomen müssten. Tatsächlich gibt es aber nur eine sehr kleine Zahl, deren Aktivitäten und Mitgliederzahlen eher stagnieren. In vielen anderen Ländern – wie in Großbritannien, Österreich, Japan oder USA – existieren seit vielen Jahren erfolgreiche Modelle. Im Vergleich dazu tun sich in Deutschland die Zeitbanken ebenso wie Tauschringe schwer. Schon 2009 berichtete die taz über die damals mit Preisen überhäufte Zeitbank München. Aber trotz bester Voraussetzungen kam eine ausreichende Zahl an Mitgliedern nicht zustande. Die entscheidende Ursache für ihre geringe Verbreitung liegt aber in den rechtlichen Rahmenbedingungen. Wenn eine Organisation nach Tauschring aussieht, wird sie von den Finanzbehörden als Organisation mit Gewinnerzielungsabsicht zwecks Beschaffung geldwerter Vorteile für ihre Mitglieder eingestuft.

Das stimmt nicht, da Tauschringe und vor allem Zeitbanken mit einer reinen Zeitverrechnung arbeiten und Guthaben nicht verzinst werden. An diesem zentralen Punkt der Behandlung durch die Finanzämter müssen Änderungen seitens der Politik erfolgen. Dann würde die Akzeptanz und Nutzung erheblich ansteigen. Dazu sind die gesetzlichen Grundlagen im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts anzupassen. Geld würde dies nicht kosten, weil sich zeitbasierte Systeme geldlos und autonom verwalten lassen. Von staatlicher Seite sollte das Ansparen von bis zu 400 Zeitbank-Stunden pro Jahr durch Klärung der steuerlichen Bedingungen gestützt werden.

Geforderte Politik

Im Kern haben die etwa 300 deutschen Tauschringe ein Zeitbanksystem schon eingebaut. Wenn sie sich mit den existierenden Zeitbanken zusammentun, könnten sie auf die Politik stärker einwirken und bessere Rahmenbedingungen erreichen. Dazu muss eine gleichzeitig von den Projekten und der Politik getragene Basis erarbeitet werden. Von Zeitbanken in anderen Ländern lassen sich dafür viele Anregungen finden:

Schweiz: http://www.zeitvorsorge.ch
Österreich: http://www.zeitbank-altjung.at
Italien: https://www.bancadeltempo-bolzano.it/de
Spanien: http://www.krise-spanien.de/geld-spielt-keine-rolle
Weltweit: http://tauschwiki.de/wiki/Zeitbank

STUDIE IN SÜDTIROL

Von der Nachbarschaftshilfe zur Familienpolitik

Die guten alten Zeitbanken leben wieder auf und überwinden die Grenzen der unmittelbaren Nachbarschaftshilfe. Sie reagieren so auf neue Bedürfnisse, die als Folge demografischer oder sozialer Veränderungen entstehen. Eine Studie über Ansätze in Südtirol informiert über Verbreitung, Chancen und Unterstützungserfordernisse.

OSCAR KIESSWETTER, BOZEN

Seit der globalen Finanzkrise entstehen vermehrt regionale Kreisläufe, vielfach in genossenschaftlicher Form. Sie wollen kürzere Wege für einen nachhaltigen Austausch von Waren und Dienstleistungen umsetzen. Zur Zahlung der Transaktionen werden mitunter Zeitstunden verwendet. Die Zeit als Maß- und Währungseinheit ist definitionsgemäß demokratisch, weil jeder gleichviel davon besitzt. Sie ist zudem gemeinschaftsfördernd, weil weder Neid noch Konkurrenz um den individuellen Besitz von Zeit aufkommt. Vor allem aber bleibt die Zeit langfristig wertbeständig und ist universal.

Innovative Einsatzmöglichkeiten für Zeitbanken wurden bezogen auf Südtirol im Rahmen einer praxisnahen Studie untersucht. Die Genossenschaft für soziale Innovation und Forschung SOPHIA kam zu dem Ergebnis: Zeitbanken können zu einem Instrument der Dorfentwicklung bzw. der Sozialpolitik werden. Bei allen existiert als gemeinsamer Nenner das gesellschaftliche Engagement, unabhängig von Unterschieden im »Angebotskatalog«, in der Organisation und in der Zahl der aktiven und passiven Mitglieder.

Um das Kerngeschäft wirksam auszudehnen und die Struktur langfristig zu stärken, müssten, so die Studie, verschiedene Schwachstellen behoben werden. Dazu gehören eine umfassende Versicherungsdeckung, eine effiziente Verrechnung und Beglaubigung der Stunden als Tauschwährung sowie ein einheitlicher Standard der Informatik – das alles möglichst ohne ausufernde Verwaltungsarbeit für die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter.

Ausdehnung ermöglichen

Unterstützende Dienstleistungen für mehrere Zeitbanken könnten gemeinsam auch extern bereitgestellt werden, z.B. durch einen (Genossenschafts)Verband, der seine Tätigkeit auch auf die Zeitbanken als neue Zielgruppe ausrichtet. Die wichtigste Erkenntnis der Studie ist, dass eine konkrete Vernetzung der Zeitbanken und eine wirksame Koordination untereinander die Basis für die Übernahme weiterer Funktionen darstellen. Ein gemeinsames Netzwerk zur Professionalisierung der Zeitbanken ist allgemein erwünscht. Allerdings kann keine Zeitbank allein die Ressourcen aufbringen, um dies für alle zu verwirklichen.

Die angedachte Vernetzung darf keine Einschränkung der Autonomie im Kerngeschäft der bargeldlosen Nachbarschaftshilfe zur Folge haben. Durch Vernetzung müsste es vielmehr gelingen, einen gemeinsamen Partner in der zweiten Ebene, beispielsweise eine Sekundärgenossenschaft, aufzubauen. Dadurch könnte die notwendige Innovationswelle auslöst werden, um die Stagnation der bestehenden Zeitbankvereine zu überwinden. Erst ein solcher Partner kann ausreichend Neugründungen bewirken und die Übernahme weiterer, sozialpolitisch relevanter Funktionen vorbereiten.

Eine positive Auswirkung der Vernetzung aller Zeitbanken in Südtirol wäre laut der Studie die Chance, den Umlauf der »Stundenwährung« auf das gesamte Landesgebiet auszudehnen. Das Zeitguthaben eines Mitgliedes könnte dann bei anderen Zeitbanken eingelöst werden. Ebenfalls könnte es auf pflegebedürftige Familienmitglieder übertragen werden, die in einer anderen Gemeinde wohnen und selbst nicht in der Lage sind, dort ein Guthaben aufzubauen. Die bei einer Zeitbank geleistete und im Netzwerk zentral verwaltete »Zeit« würde so zu einer frei übertragbaren, von jeder Zeitbank anerkannten Währung.

Ein gemeinsames, koordiniertes Auftreten der Zeitbanken hätte eine größere Sichtbarkeit in der breiten Öffentlichkeit zur Folge. Dies würde neue Zielgruppen sensibilisieren, allen voran Jugendliche und junge Familien. Bisher liegt das Alter der Mitglieder einer Zeitbank meist zwischen dem 40 und 70 Jahren. Damit bleibt die langfristige Wertbeständigkeit eines Zeitguthabens unsicher, wenn keine jüngeren Mitglieder nachkommen, um die Leistungen zu erbringen, die sich Ältere als Anrechte erarbeitet haben.

Die Gewährung eines Zeitguthabens bei der Aufnahme neuer Mitglieder im Voraus, bietet Chancen, junge Familien und berufstätige Eltern sofort zu entlasten und aktive Senioren zu beschäftigen. Dies würde deren Guthaben langfristig sichern helfen. Das altbewährte Zeitbanksystem könnte so Bestandteil einer modernen Familienpolitik werden.

ANZEIGE

NACHBARSCHAFTSHILFE HEHLENRIEDE

Gestützter Aufbruch: Gegenseitige Hilfe in Form einer Genossenschaft

Die Genossenschaft »Nachbarschaftshilfe Hehlenriede« im Gemeindeverband Isenbüttel wurde im Februar 2019 gegründet. Die Gründungsveranstaltung hatte einen erfreulichen Zulauf. Rund 160 Menschen kamen an diesem Abend, von denen 136 Gründungsmitglied wurden und insgesamt 210 Anteile à 50 Euro zeichneten. Damit sind die Erwartungen für das Geschäftsjahr bereits am ersten Abend übertroffen worden.

THORSTEN MÜLLER, ISENBÜTTEL

▲ In zahlreichen Infoveranstaltungen wurde für die genossenschaftliche Lösung im Gemeindeverband Isenbüttel geworben. Foto: Ron Niebuhr

Bereits im Jahr 2016 führte der Gemeindeverband Isenbüttel in der Bevölkerung der Generation 65+ eine umfangreiche Befragung durch. Neben Fragen zur Lebens- und Wohnsituation, der Mobilität und dem Freizeitverhalten wurde auch nach unterstützenden Netzwerken sowie dem Bedarf an unterstützenden Leistungen gefragt. Von den rund 2.600 ausgegebenen Fragenbögen kamen 48 Prozent zurück. Die Vorbereitung und Auswertung fand in der Steuerungsgruppe, dem sogenannten »Team Zukunft« statt.

Die Befragung zeigte, dass damals die vorhandenen Ressourcen zur Unterstützung noch ausreichten. Sie verdeutlichten allerdings, wie fragil das Konstrukt sein kann, sich als einzige Unterstützung auf den Partner oder die Partnerin zu verlassen. In der Gemeinde stehen die eigenen Kinder immer weniger als Unterstützung zur Verfügung, weil sie selten in der Nähe wohnen.

Bei der Auswertung der Personen ab dem 75. Lebensjahr ergab sich ein signifikanter Bedarf an Unterstützungsleistungen. »Alltagshilfen im Haushalt« nannten insgesamt 920 Personen. Rund 521 Personen benötigen Hilfe in »Haus und Hof«. »Besuchs- und Begleitdienste« werden von 174 Personen gewünscht. Rund 54 Personen können eine »Entlastung pflegender Angehöriger« brauchen.

Die Zahlen veranlassten die Gemeinde, die Einrichtung unterstützender Netzwerke zu initiieren. Sie versteht sich im gesamten Kontext als Impulsgeberin, als Moderatorin und als Begleiterin für alle Prozesse, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind. Es geht darum, vorhandenes Potenzial in der Bevölkerung zu aktivieren und zu unterstützen, also »Bürgerschaftliches Engagement« zu ermöglichen.

Aufwändige Konzeptentwicklung

Auf Informationsveranstaltungen wurden die Ergebnisse der Befragung, daraus resultierende Erfordernisse als auch innovative Konzepte zur Lösung vorgestellt. Die Bevölkerung sollte so für die gesellschaftliche Entwicklung sensibilisiert werden. Gleichzeitig wurden Akteure aus der Bevölkerung gewonnen, die sich bei der Ausarbeitung eines eigenen Konzeptes der Nachbarschaftshilfe einbrachten.

Eine Arbeitsgruppe konzipierte unter Begleitung und Moderation eine neue Form der Nachbarschaftshilfe. Vorbilder dazu sind in Deutschland in großer Vielfalt vorhanden. In 13 Sitzungen wurde im Jahr 2018 mit der Genossenschaft die »passende« Organisationsform gefunden, Satzungsarbeiten erledigt und die umfassende Finanzplanung vorangetrieben. Beratend stand der Genossenschaftsverband zur Seite. Zeitgleich wurde in den politischen Gremien der vier Mitgliedsgemeinden die Problematik thematisiert.

Finanzielle Unterstützung

Schließlich steht fest, die Nachbarschaftshilfe in Form einer Genossenschaft zu organisieren. Das Konzept weist anfangs einen erhöhten Finanzbedarf auf. Deshalb fassten die Mitgliedsgemeinden einstimmig den Beschluss, die Umsetzung finanziell zu unterstützen. Dies geschieht durch Zuschüsse in den ersten drei Jahren des Bestehens der Genossenschaft, ergänzt durch das Zeichnen von Geschäftsanteilen. Die breite politische Zustimmung verdeutlicht die Akzeptanz des Modelles. Sie ist als starkes Signal an die Bevölkerung zu werten. Die Politik sieht die Notwendigkeit einer organisierten Nachbarschaftshilfe.

Parallel zur Konzeptentwicklung fanden in den angeschlossenen Orten flächendeckend weitere Veranstaltungen statt. Ziel war, die Öffentlichkeit über den Sachstand zu informieren und eine breite Zustimmung für die Organisationsform »Genossenschaft« zu bekommen. Zeitgleich wurden Bürger für ehrenamtliche Tätigkeiten akquiriert. Galt es doch Menschen zu gewinnen, die anderen Bürgern ihre Hilfe anbieten. Noch vor der offiziellen Gründung der Genossenschaft haben 70 Bürger ihre Mitarbeit zugesagt.

Aufgabe der Genossenschaft ist die Vermittlung zwischen Helfenden und hilfsbedürftigen Senioren zur Unterstützung gegen Entgelt oder Geldgutschrift, nicht in »Konkurrenz« zu bestehenden Einrichtungen und Institutionen, sondern ergänzend. Menschen unterstützen Hilfebedürftige in zahlreichen Situationen des Alltags.

Gemeinnützigkeit abgeklärt

Die Genossenschaft strebt die Gemeinnützigkeit an. Die rechtzeitige Abstimmung mit dem Finanzamt ist zwingend zu empfehlen. Gilt es doch im Vorfeld zu klären, in welchem Rahmen das Organisationsmodell steuerpflichtig ist. Dies wird nach internen Recherchen bundesweit sehr unterschiedliche beurteilt. Die Satzung einschließlich der relevanten Formulierungen wurde im Vorfeld mit dem zuständigen Finanzamt abgestimmt.

Menschen, die einen Unterstützungsbedarf haben, wenden sich an die Genossenschaft. Diese schickt einen »Hilfegeber« sowie einen Koordinator zu einem Erstgespräch zum Klienten. Der Bedarf wird geprüft und auch die zwingend einzuhaltende Hilfebedürftigkeit des »Auftraggebers«. Die sogenannten »Hilfenehmer«, also die »Auftraggeber«, zahlen an die Genossenschaft acht Euro je geleisteter Stunde. Von diesem Betrag verbleiben drei Euro zur Deckung der Verwaltungskosten bei der Genossenschaft. Die verbleibenden fünf Euro stehen dem »Hilfegeber« zu. Er kann sich diesen Betrag bar auszahlen lassen, der Genossenschaft spenden oder auf einem eigenen »Geldkonto« bei der Genossenschaft deponieren und ansparen. Die Genossenschaft verwaltet das »Geldkonto« eines Hilfegebers treuhänderisch. Sollte der Hilfegeber einmal selbst in die Notlage kommen und Unterstützung benötigen, kann er von diesem Geldkonto zehren.

Das Einbeziehen der Bevölkerung, die Nutzung der persönlichen Ressourcen der Akteure im Gemeinwesen, die Transparenz im Handeln sowie der »Transport« des solidarischen Gedankens in die Bevölkerung sind wichtige Garanten des Erfolges der Genossenschaft.

Nachbarschaftshilfe Hehlenriede eG
Füreinander - Miteinander

BUCHBESPRECHUNG

Seniorengenossenschaften vielseitig betrachtet

In Seniorengenossenschaften, einem wiederentdeckten Konzept der Selbsthilfe, wird bürgerschaftliches Engagement in Form der Hilfe auf Gegenseitigkeit praktiziert. Basierend auf Forschungsergebnissen des Seminars für Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung an der Uni Köln liegt nun ein Überblick zu diesen gemeinwirtschaftlichen Ansätzen der sozialraumorientierten Daseinsvorsorge vor.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Veröffentlichung ist eine Art Sammelband, herausgegeben als Beiheft der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Im Mittelpunkt stehen Aufsätze von Ursula Köstler, die profilierteste Forscherin zu diesem Thema in Deutschland. Die meisten sind in dem Zeitraum von 2002 bis 2016 erschienen, viele im Jahr 2007. Da die Aufsätze breit gestreut veröffentlicht wurden, bietet diese Zusammenstellung eine erfreuliche Möglichkeit, Einsicht in die vielfältigen Veröffentlichungen der Autorin zum Thema zu bekommen.

Behandelt wird u.a. die Entwicklung in Baden-Württemberg als erstem Bundesland, in dem Seniorengenossenschaften 1990 durch Unterstützung der Landesregierung auf den Weg gebracht wurden. Welche Erfahrungen aus dieser Zeit liegen vor und wie viele Seniorengenossenschaften, alle damals nicht in der Rechtsform der eG, haben sich bis heute gehalten? Zu den damals angestoßenen Gründungen gehört auch die bekannteste Seniorengenossenschaft aus Riedlingen. Ebenfalls dargestellt werden Ergebnisse von empirischen Befragungen u.a. zu den Erfahrungen mit Zeitkonten in der Praxis und den Erfolgskriterien für das Gelingen von Seniorengenossenschaften.

Hilfreicher Einblick

Aufbereitet dargestellt werden zudem Hintergründe für die Idee der Hilfe auf Gegenseitigkeit, der Charakter der damit verbundenen Tauschsysteme sowie Gründe für den Eintritt in eine Initiative mit der Entscheidung für oder gegen ein eigenes Engagement. Ein Aufsatz befasst sich mit den verschiedenen Phasen von Seniorengenossenschaften von der Gründung, der Etablierung bis hin zum Umbruch und Neuausrichtung. Festgehalten werden kann: Dies ist eine breite und umfassende wissenschaftliche Betrachtung von Seniorengenossenschaften.

Allerdings kommt es zu zahlreichen Wiederholungen. Da jeder Aufsatz für sich veröffentlicht wurde, weisen Ausführungen zur Definition, Entstehung, Ausprägung und Bewertung viele inhaltliche Überschneidungen auf. Auch fehlen Aufbereitungen aktueller Forschungen. Entsprechend ist die Veröffentlichung zur Auseinandersetzung mit den ersten grundlegenden Forschungen hervorragend geeignet, eine besondere Aktualität aber nicht gegeben.

Köstler, Ursula:
Seniorengenossenschaften. Ein morphologischer Überblick zu gemeinwirtschaftlichen Gegenseitigkeits-Gebilden der sozialraumorientierten Daseinsvorsorge, ZögU Beiheft 50, 2018, 127 Seiten, broschiert, 34 Euro.

Seminar: Genossenschaftliche Selbsthilfe und neue Wohnprojekte stabil organisieren

TeilnehmerInnenzahl: 18, Teilnahmebeitrag: Für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen inkl. Tagesverpflegung 375 Euro. Für Nicht-Mitgliedsorganisationen beträgt die Teilnahmegebühr 430 Euro. Ort: Stuttgart. Termin: Mittwoch und Donnerstag, 20./21. November 2019 von 9.30 bis 17 Uhr.

Information und Anmeldung:
Paritätische Akademie Süd,
www.akademiesued.org,
Telefon: 0711 / 252 98 921,
E-Mail: moehrle@akademiesued.org

BOCHOLTER BÜRGERGENOSSENSCHAFT

Hilfe von Mensch zu Mensch

In Genossenschaften wirken Menschen freiwillig zusammen, um ihre Kräfte und Ressourcen in starken und stärkenden Gemeinschaften zum wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Nutzen ihrer Mitglieder zu bündeln. Genossenschaften sind dabei stets den Grundwerten Regionalität, Partizipation, Gemeinschaft, Verantwortung und Vielfalt verpflichtet und demokratisch organisiert. Diese Grundwerte standen Pate bei der Gründung der Bocholter Bürgergenossenschaft eG.

ADI LANG, BOCHOLT

Die Bocholter Bürgergenossenschaft eG ist seit August 2015 in der Stadt Bocholt im Regierungsbezirk Münster mit ihren knapp 72.000 EinwohnerInnen eigenständig aktiv. Das Konzept der Bürgergenossenschaft beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe unter den Mitgliedern. Als Teil der Gemeinschaft können Interessierte sowohl Leistungserbringerin als auch Leistungsnehmerin sein. Mitmachen können alle, die für Andere Leistungen erbringen oder selbst Unterstützung in Anspruch nehmen möchten. Darüber hinaus kann die Hilfeleistung auch Nichtmitgliedern gewährt werden.

Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe wird durch ein geldloses Zeittauschsystem umgesetzt. Aufgabe der Bürgergenossenschaft ist es, die Leistungserbringung zwischen den Beteiligten zu vermitteln, zu koordinieren und zu verbuchen. Die verschiedenen Angebote und Leistungen der Bürgergenossenschaft richten sich an Angehörige aller Generationen und reichen von der Betreuung von Menschen mit Demenz bis zur familienunterstützenden Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche. Ein Hilfsfonds unterstützt bedürftige Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Dies geschieht mit großem Erfolg, wie die wachsende Zahl von Mitgliedern und die positive Resonanz auch in Politik und der lokalen Wirtschaft zeigen. Rund 30 Bocholter Unternehmen fördern die Bürgergenossenschaft und entrichten den Jahresbeitrag für ihre MitarbeiterInnen in Höhe von 12 Euro pro Person – für insgesamt 2.300 Personen. Sie können dadurch jederzeit auf die Hilfe der Bürgergenossenschaft zugreifen. Schirmherr der Initiative ist der Bocholter Bürgermeister, nicht zuletzt weil aus der solidarischen Arbeit der Genossenschaft für die Gemeinde ein Standortvorteil für ein funktionierendes Miteinander entstanden ist.

Die Bürgergenossenschaft hat aktuell ca. 320 Mitglieder. Etwa die Hälfte der 65 Hilfeleistenden arbeitet mit Zeitbankstunden. Sie leisteten im Jahr 2018 mehr als 2.000 Stunden bzw. 175 im Monat. Für die Organisation wurde seitens der Genossenschaft eine Software mit integrierter Datenbank mit Hilfe einer Förderung entwickelt. Wenn jemand Zeitguthaben mit seiner Arbeit ansparen will, muss dies vor dem konkreten Einsatz entschieden werden. Denn ein einmal angespartes Zeitguthaben kann nicht mehr ausgezahlt werden. Diejenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen, zahlen dafür acht Euro, mit Ausnahme bedürftiger Menschen. Davon werden fünf Euro auf das jeweilige individuelle Zeitguthabenkonto gutgeschrieben und real in Geld hinterlegt. Drei Euro bekommt die Genossenschaft für die Verwaltung.

▲ **Lebensqualität im Alter verbessern Mitglieder der Bocholter Bürgergenossenschaft durch kleine Hilfen im Alltag.**
Foto: Bocholter Bürgergenossenschaft eG

Ambulant vor stationär

Zielsetzung für SeniorInnen ist die Verbesserung der Lebensqualität und Erhaltung der Selbstständigkeit im Alter – ambulant vor stationär! Das Unterstützungsangebot umfasst:

- Begleitung zum Einkaufen, zum Arzt, zu Behörden, zur Kirche
- Kulturbegleitung für Besuche im Theater oder in Konzerten
- Patientenbegleitung vor, während und nach dem Krankenhausaufenthalt
- Essen auf Rädern
- Gesellschaft leisten: Spazierengehen, Vorlesen, Zuhören, Gesellschaftsspiele
- Hilfe bei sportlichen Aktivitäten (Schwimmen, Gymnastik)
- Hilfe bei Steuer, finanziellen Transaktionen, beim Ausfüllen von Formularen
- Sporadische Hilfe im Haushalt
- Entlastung betreuender und pflegender Angehöriger (keine Pflege)
- Hausmeistertätigkeiten

Das Leistungsangebot für Familien zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beinhaltet:

- Unterstützung bei der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen
- Unterstützung bei der Kinderbetreuung
- Babysitting
- Lese-Oma / -Opa
- Begleit- / Hol- und Bring-Service von Kindern
- Kinderbetreuung in den Ferien
- Notfallservice bei Ausfall von Betreuungspersonen, Dienstreisen, längeren Arbeitszeiten, Randzeiten.

Mit dem breiten Unterstützungsprogramm will die Bürgergenossenschaft für die Mitgliedsunternehmen einen Beitrag leisten. Sie hilft, die Arbeits- und Lebenssituation der ArbeitnehmerInnen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern:

- Erhalt von Personal mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen
- Erhöhte Leistungsfähigkeit durch die Verringerung privater Stressfaktoren
- Frühere Rückkehr in eine Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung
- Kundenzufriedenheit durch Wahrnehmung sozialer Verantwortung des Unternehmens
- Reduzierte Fehlzeiten durch familiäre Engpässe, damit verbundene gesundheitliche Schwierigkeiten werden minimiert
- Verstärkte Produktivität durch motivierte Mitarbeiter.

Hinter all dem stecken zukunftweisende Ziele der Bocholter Bürgergenossenschaft eG:

- Sie will den demografischen Wandel als Chance und Potential für mehr Freiwilligenarbeit nutzen.
- Sie fördert die Hilfe auf Gegenseitigkeit mit den Strukturen der Selbsthilfeform einer Genossenschaft durch »Hilfe von Mensch zu Mensch«.
- Sie bietet durch Kooperationen und Vernetzungen ein umfassendes Angebot an Unterstützungsleistungen für alle Bocholter/innen und für alle Unternehmen vor Ort.
- Die ehrenamtlich Tätigen arbeiten mit Zeitkonten. Auf diese Weise erfolgt nach dem Prinzip der langfristigen Wechselseitigkeit ein Zeittausch in die Zukunft, wenn sie Hilfe benötigen.

BBG
Bocholter Bürgergenossenschaft eG

BÜRGERSOZIALGENOSSENSCHAFT BIBERACH

Die Gemeinschaft mit Arbeitskraft unterstützen

Die BürgerSozialGenossenschaft Biberach wurde vor knapp vier Jahren von einer Gruppe engagierter Bürger gegründet, die sich intensiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinandersetzten. Sie nutzt ein Zeitbanksystem zur Abrechnung bürgerschaftlichen Engagements. Dessen Nutzung hat sich im Zeitablauf verändert. Erreicht wird aber weiterhin das Ziel, dass zunehmend mehr Mitglieder bereit sind, die Gemeinschaft durch das Einbringen ihrer Arbeitskraft zu unterstützen.

HUBERTUS DROSTE, BIBERACH

Den GründerInnen der BürgerSozialGenossenschaft Biberach wurde schnell klar, dass sie die Entwicklung des demografischen Wandels nicht aufhalten können. Sie wollten aber versuchen, dessen negativen Folgen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld zu lindern. Die Menschen leben länger und werden älter, die Zahl der über 65-Jährigen steigt weiter. Die Versorgungslücke lässt sich nur durch längere Arbeitszeiten, höhere Versicherungsbeiträge, Steuerzuschüsse oder Leistungsminderungen finanzieren.

Letztlich wird es ein Mix aus allen Möglichkeiten sein, um die schlimmsten Auswirkungen des demografischen Wandels zu begrenzen. Die Belastungen für die ältere Generation werden dabei zunehmen. Dieser Entwicklung wollen die GründerInnen der SozialGenossenschaft Eigeninitiative und Selbstverantwortung entgegensetzen und Bedürftigen Unterstützung zukommen lassen.

Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft zur Hilfe in der älteren Generation erstaunlich groß ist. Rund 45 Prozent der 65- bis 85-Jährigen sind ehrenamtlich in sozialen Vereinen oder Einrichtungen engagiert. Ihr Engagement würde noch höher ausfallen, wenn sie konkret angesprochen oder durch besondere Anreize aktiviert werden.

Honorierung durch Zeit

Neben der Freistellung von übermäßiger Bürokratie und sonstigen Formalitäten, waren sich die Beteiligten von Anfang an einig, dass eine besondere Form der Honorierung der eingebrachten Leistung hilfreich sein würde. Das Zeitbankkonto schien die Lösung zu sein. Nach ausgiebiger Diskussion entschieden sich die GenossenschaftsgründerInnen für eine Weiterentwicklung des üblichen »Zeit gegen Zeit Systems«. Ihr Konzept sieht vor, die eingesetzten Leistungen in Geld zu bewerten und auf Wunsch einem »Zeitwertkonto« gutzuschreiben, aus dessen Guthaben sich der Einzelne später bedienen kann, wenn er oder sie aus Altersgründen auf die Hilfe anderer angewiesen ist.

So werden die Einsatzstunden übertragbar, bei Wegzug auch auszahlbar. Die mit der Bewertung verbundene »Kosteninflation« geht in diesem System allerdings zu Lasten der Leistenden. Bei Erhöhung des Stundensatzes müssen später bei dem angesparten Guthaben die höheren Stundensätze verrechnet werden. Nur durch Einführung der Bewertung haben aber ältere Menschen ohne Stundenpolster eine Chance, in das System integriert zu werden. In dieser Ausprägung können sie sich Hilfen »einkaufen«, die zum Teil sogar über die Pflegekasse erstattet werden.

Direkte Entschädigung bevorzugt

Dieses System wurde anfangs von ca. 2/3 der Leistenden mit Begeisterung praktiziert, zumal die Genossenschaft als Kaufmann die Zusagen bilanzieren und rückstellen muss. Darin liegt eine zusätzliche Sicherheit, dass die Leistungen auch nach Jahren der Zusage noch verfügbar sind. Die Bewertung der Leistungen führte allerdings auf Wunsch der Mitglieder zur Öffnung des Systems: Das angesparte Guthaben kann auch vorzeitig abgerufen werden. In besonderen Situationen ist eine sofortige Auszahlung für die erbrachten Leistungen möglich. Letzteres hat sich im Laufe der vergangenen zwei Jahre verstärkt durchgesetzt.

Als Ergebnis kann festgehalten werden: Das System entwickelt sich weiter. Der Erfolg liegt darin, dass seit Gründung der Genossenschaft vor vier Jahren inzwischen über 350 Mitglieder gewonnen werden konnten. Von diesen sind über 60 Prozent aktiv engagiert. Allerdings zeigt die Entwicklung, dass sich das Zeitbanksystem weitgehend zugunsten der Sofortauszahlung überholen wird. Für viele Leistende ist dies ein pragmatischer Weg, um zu der oftmals schmalen Rente einen spürbaren Betrag hinzu zu verdienen. Sie können so die – gerade für Rentner – schmerzhaft steigenden Lebenshaltungskosten

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

WIR FÜR UNS

Generationenübergreifende Freiwilligenarbeit

Zu Hause alt werden – das wünschen sich viele für den Lebensabend. Die Realität sieht oft anders aus, wenn es an der nötigen Unterstützung fehlt. Auch in ländlichen Gemeinden stehen Kinder oft nicht zur Verfügung, wenn Eltern im Alter Hilfe benötigen. Diese Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit führte 2011 zur Gründung der »WIR für UNS eG« in Heroldsbach, eine der ersten bürgerlichen Hilfsorganisationen in der Rechtsform einer gemeinnützigen Genossenschaft.

MATHIAS ABBÉ, HEROLDSBACH

Die Genossenschaft beruht auf der Bereitschaft von Menschen, sich im Ruhestand oder nebenberuflich für hilfsbedürftige Mitmenschen einzusetzen. Derzeit besteht sie aus 86 Mitglieder zwischen 30 und 90 Jahren, von denen 20 bis 25 regelmäßig im Einsatz sind. Diese unterstützen Menschen ab 60 Jahren, wenn sie Hilfe benötigen. Ihr Tätigkeitsgebiet befindet sich in den benachbarten Gemeinden Heroldsbach und Hausen mit zusammen 9.200 Einwohnern.

Dem gemeinnützigen Gedanken folgend, sind die Dienste allen Bürgern zugänglich, nicht nur den eigenen Mitgliedern. Diese profitieren jedoch in besonderem Maße von der Gemeinschaft. Sie sind nicht zur Hilfeleistung verpflichtet, können aber Hilfe leisten. Bei ihren Einsätzen genießen sie umfangreichen Versicherungsschutz – und sie können ein Zeitguthaben ansparen. Dadurch haben sie die Möglichkeit, kostenlose Unterstützung durch andere Mitglieder zu nutzen, wenn sie selbst Hilfe benötigen.

▲ **Betreuungsleistungen vor Ort: Genossenschaftliche Organisierung kann helfen, um z.B. in Alter noch Unterstützung zu bekommen.** Foto: Allmenda social business eG

Finanzielle Unabhängigkeit

Die Guthaben sind an das Entgeltsystem der Genossenschaft gekoppelt. Hilfe kostet ein einheitliches Entgelt von acht Euro pro Stunde, von denen den Helfenden sechs Euro als Aufwandsentschädigung zustehen. Sie können sich den Betrag auszahlen oder 45 Minuten Zeit gutschreiben lassen. Die meisten Helfenden nutzen letzteres.

Die Dienste wurden von Anfang an gern in Anspruch genommen. In jedem Jahr werden bisher 600 bis 700 Stunden in etwa der gleichen Anzahl von Einsätzen geleistet. Die meisten der bisher unterstützten ca. 90 Personen sind keine Mitglieder. Am häufigsten gefragt sind Fahrdienste, Hilfen im Haushalt und bei der Gartenpflege.

Die »WIR für UNS eG« finanziert sich durch jährliche Mitgliedsbeiträge: 24 Euro für Einzelpersonen bzw. 32 Euro für Paare sowie zwei Euro pro Stunde, die vom Entgelt einbehalten werden. Hinzu kommen gelegentlich Geldspenden von Sponsoren. Von Anfang an wurde Wert darauf gelegt, finanziell unabhängig zu sein. Auf das Anstellen von Personal wird verzichtet. Dafür wären Fördermittel nötig gewesen, deren Auslaufen die Weiterarbeit hätte gefährden können.

Bei der »WIR für UNS eG« erledigen Mitglieder die organisatorischen Aufgaben ohne finanzielle Vergütung. Sie arbeiten zuhause und nutzen private Bürogeräte. So entfallen Personalkosten, Büromieten und Investitionen. Durch dieses Minimalkostenkonzept könnte sich die Organisation auch mit weniger Mitgliedern noch selbst tragen. Bei der aktuellen Mitgliederzahl ergibt sich ein jährlicher Überschuss, der allerdings nicht ausreicht, um die organisatorischen Tätigkeiten mit der gleichen Aufwandsentschädigung zu vergüten wie die Hilfsdienste.

Verwaltungsaufbau

Insgesamt erfordert der organisatorische Rahmen 400 bis 500 Stunden pro Jahr. Ein wesentlicher Teil davon ist bedingt durch das beschriebene Entgeltsystem, das jährlich rund 1.000 Buchungen von Geldbeträgen und Zeitguthaben erfordert. Zudem werden alle Aufträge schriftlich festgehalten, um im Versicherungsfall nachweisen zu können, dass das betreffende Mitglied im Auftrag der Genossenschaft handelte. Die Verwaltungsaufgaben erledigen acht Mitglieder, die teilweise mehrere Funktionen in Aufsichtsrat, Vorstand, Telefondienst und Einsatzsteuerung (Disposition) erfüllen.

Es ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach den Diensten der Genossenschaft in Zukunft zunehmen wird. Dafür sprechen sowohl die fortschreitende Auflösung der einstigen Großfamilien mit mehreren Generationen in einem Dorf, als auch die anhaltende Alterung der Bevölkerung. Die Genossenschaft müsste ihre Kapazität in Zukunft also steigern. Hierin liegt eine besondere Herausforderung.

Nach sieben Jahren lässt sich festhalten, dass das Fortbestehen der Organisation mit der jetzigen Hilfskapazität keineswegs ein Selbstläufer ist. Bei ihrem Start konnte die »WIR für UNS eG« davon profitieren, dass viele Personen wenige Jahre zuvor in den Vorruhestand gegangen waren und eine neue, erfüllende Aufgabe suchten. Inzwischen ist die Vorruhestandswelle abgeebbt. Es scheint so, als ob Ruheständler heute weniger Bereitschaft zu sozialen Aufgaben besitzen. Von Vereinen im Umkreis wird allgemein beklagt, dass kaum noch jemand bereit ist, neben- oder nachberuflich ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen.

Bei der »WIR für UNS eG« ist der größte Teil der aktiven Mitglieder von Anfang an dabei. Die Genossenschaft bemüht sich zwar seit Jahren, durch intensive Werbung »Nachwuchs« zu gewinnen. In einigen Fällen gelang dies auch. Trotzdem stieg das Durchschnittsalter der Aktiven in den sieben Jahren seit der Gründung um fünf Jahre. Den Fortbestand durch jüngere aktive Mitglieder zu sichern, bleibt deshalb die vordringlichste Aufgabe der nächsten Jahre. Gegebenenfalls muss das gesamte Konzept überdacht werden, wenn sich das Beschäftigen von bezahltem Personal für Verwaltungsaufgaben oder Dienstleistungen als notwendig erweisen sollte, um Fortbestand und ausreichende Hilfskapazität zu sichern. Dann allerdings könnte die Organisation nur mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung und Förderung von außen existieren.

ZEITPOLSTER

Zentralität mit dezentralen Strukturen verknüpfen?

Die Allmenda social business eG aus Österreich engagiert sich in zahlreichen Projekten auch im Bereich der Zeitvorsorge. Sie arbeitet an neuen Strukturen, um das Konzept der Zeitbanken zukunftsfähig zu gestalten. Contraste-Redakteur Burghard Flieger führte dazu mit dem Projektentwickler Gernot Jochum-Müller ein Gespräch.

Können Sie die aktuelle Entwicklung bei den Zeitvorsorgemodellen schildern?

Vor etwa zehn Jahren begann eine Entwicklung in der Schweiz, die für Zeitvorsorgemodelle einen Sprung bedeutet. Das Bundesamt für Sozialversicherungen beschäftigte sich mit den Modellen, unterstützte die Stadt St. Gallen bei der Machbarkeitsstudie. Gleichzeitig gründet sich KISS (Verbund zur Organisation der Zeitvorsorge) aus der Zivilgesellschaft heraus und etabliert mehrere lokale Genossenschaften unter einem Dachverband. Neu bei der Stiftung Zeitvorsorge in St. Gallen ist, dass eine Stadt ein Zeitvorsorgesystem aufbaut, dieses betreibt und die Einlösbarkeit der Stunden garantiert. Nach den ersten Evaluationsberichten entstanden in der ganzen Schweiz Debatten, ob ein solches System flächig benötigt wird und wie dieses gestaltet sein sollte.

Was ist das Neue und Wesentliche bei »Zeitpolster«?

Zeitpolster, das wir aktuell in Österreich starten, ist die jüngste Entwicklung in der Szene – ein neues hybrides Modell. Die Helfenden sparen Zeit an und aus den Einnahmen werden Rücklagen gebildet. Diese dienen der Besicherung der Stunden. Wenn in 20 Jahren niemand Leistungen gegen Zeitgutschriften erbringt, kann auf das gemeinsam angesparte Geld zurückgegriffen werden.

Bei Zeitpolster setzen wir auf eine österreichweite Trägerschaft, die lokale Gruppen aufbaut, unterstützt und professionell begleitet. Alles, was zentral professioneller gemacht werden kann, wird den lokalen Gruppen zur Verfügung gestellt: Versicherung, Datenbank, Werbemittel, Rechtsträgerschaft, Hinterlegen der Gelder, politisches Lobbying, Know-how für den Gruppenaufbau etc. Wir entlasten die lokalen Gruppen. Die Betreuungsleistungen selbst sind aber vor Ort zu organisieren.

Bei Zeitpolster gibt es nur Zeitgutschriften. Wir stellen also den langfristigen Zusammenhalt in den Vordergrund. Deshalb gibt es keine Auszahlungen in Euro. Dass Gelder hinterlegt werden, machen andere Systeme auch, z.B. NUZ in Pfronten. Wir treten aber als »Social Business« an. Ziel ist, mittelfristig eine finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Professionelle Systeme müssen eine solide Eigenfinanzierung hinbekommen, sonst haben sie keinen dauerhaften Bestand.

Die Entwicklung haben Sie in der Genossenschaft Allmenda social business eG betrieben. Nun wurde ein Verein und eine GmbH zur Umsetzung gegründet, weshalb keine Genossenschaft?

In verschiedenen Sondierungsgesprächen wurden Aspekte deutlich, die gegen eine Genossenschaft für Zeitpolster sprechen. Dazu gehört die so genannte einfache Haftung. Mitglieder einer Genossenschaft in Österreich haften mit derselben Summe nochmal, die sie schon eingelegt haben. Wir wollten die Helfenden aber nicht auf diese Form und dieses Risiko an die Organisation binden. Schnell wurde klar, dass wir Förderungen beantragen und Investoren an Bord brauchen. Bei Zeitpolster steht die Gemeinnützigkeit im Vordergrund. In Österreich erweist es sich aber als schwer, die Gemeinnützigkeit für eine Genossenschaft zu erhalten, weil es um einen wirtschaftlichen Förderzweck gehen muss. Umgekehrt werden auch Genossenschaften mit einem Unternehmenszweck im Sozialbereich oft nicht zugelassen. Zudem wollten die Investoren nicht, dass das Führungsteam ohne ihre Zustimmung abgewählt werden kann. Daraus ergibt sich die gewählte Lösung.

Welche Rolle wird die Allmenda im Feld der Zeitvorsorge zukünftig spielen?

Die Allmenda bietet für Tauschsysteme, Zeitbanken, Regiogelder etc. einen umfassenden Service an. Wir hosten Cyclos als mächtige Software, konfigurieren und warten diese. Darüber hinaus bieten wir ein Tool an, das es erlaubt, sämtliche Reportings, Listen, Datenauswertungen etc. zu erstellen. Damit sparen wir den Systemen sehr viel Zeit in der operativen Tagesbelastung. Diese Services werden wir ausbauen – auch in Deutschland. Wo dort Genossenschaften als lokale Strukturen vorhanden sind, arbeiten wir gerne mit diesen zusammen. Wir stellen ihnen alles zur Verfügung, damit sie vor Ort aktiv werden können. Wir arbeiten am Aufbau unserer Trägerschaft für Deutschland. Gerne nehmen wir Interessensbekundungen für eine Zusammenarbeit entgegen.

Link: http://www.allmenda.com

Zeitpolster

ANZEIGE

SAATGUT

So klein und doch so wichtig!

▲ Die Bilder sind dem Film »Saatgut ist Allgemeingut« entnommen. Sie zeigen die Samen von Melonen ...

... und von Zucchini.

Fotos: Olga Widmer

Der Frühling kommt und damit die Zeit der Aussaaten und der Vorbereitungen für den Garten und die Äcker. Dafür braucht es das passende Saatgut. Seitdem vor ca. 100 Jahren die »industrielle Revolution« auch die Landwirtschaft und den Gartenbau weltweit immer mehr industrialisiert hat, wird das nötige Saatgut immer mehr von Saatgut-Konzernen, die heute vor allem Chemie-Konzerne sind, hergestellt und verkauft. Das ist für sie eine profitsichere Sache, denn ohne Saatgut können keine Lebensmittel angebaut werden und Essen brauchen wir immer.

ANNE SCHWEIGLER,
KAMPAGNE FÜR SAATGUT-SOUVERÄNITÄT

In den letzten 100 Jahren verfolgten diese Konzerne auf drei Ebenen erfolgreich ihr Ziel, den kommerziellen Markt für Saatgut auszubauen und im Sinne ihrer Interessen zu sichern.

Die erste Ebene zielt auf eine technologische Abhängigkeit und besteht in der Entwicklung von Hybrid-Sorten, die nicht nachgebaut werden können. Hybrid-Sorten bringen im ersten Jahr eine besonders große Ernte (Hochertragssorten), aber im zweiten Jahr ist der Ertrag aus den gewonnen Samen sehr gering. Das heißt, wer Hybrid-Samen verwendet, ist gezwungen, jedes Jahr neues Saatgut zu kaufen.

Die Entwicklung von gentechnisch verändertem Saatgut (und den aktuell diskutierten CRISPR/Cas-Sorten) zielt in die gleiche Richtung. Über die Kontrolle der technologischen Herstellung des Saatgutes und der notwendigen Zusatzmittel, wie Kunstdünger und Totalherbizide (z.B. Roundup), werden LandwirtInnen, BäuerInnen und GärtnerInnen abhängig von Saatgutherstellern und verlieren einen Teil ihrer traditionellen Autonomie.

Die zweite Ebene betrifft den juristischen Bereich. Seit vielen Jahrzehnten betreiben Saatgutkonzerne weltweit massives Lobbying, um Saatgut relevante Gesetze in ihrem Sinne durchzusetzen. Ein Einfallstor sind z.B. transnationale Handelsabkommen, über die auch sich widersetzende Länder dazu gezwungen werden, verschärfte Saatgutregelungen einzuführen. Das Patentrecht regelt z.B. die geistigen Eigentumsrechte an gentechnisch hergestellten Sorten. Samen aus der Ernte dieser Sorten gehören dementsprechend dem Patentinhaber. Will der Landwirt dieses Saatgut nutzen, muss er eine Lizenzgebühr an den Patentinhaber zahlen.

Das zweite wichtige Saatgut-Abkommen ist das Saatgutverkehrsgesetz. Dieses regelt, welche Sorten »in den Verkehr« gebracht werden dürfen – nämlich nur, wenn sie in einem Sortenkatalog registriert sind. Das internationale Abkommen dazu wird »UPOV« abgekürzt und musste von den meisten Ländern mittlerweile in einer verschärften Fassung in ihre nationale Gesetzgebung aufgenommen werden. Wie weit verschärfte UPOV Gesetze führen können, zeigte sich 2012 in Kolumbien, als die Regierung 4.000 Tonnen Saatgut bei Bauern beschlagnahmte und zerstörte. Ein 2010 neu eingeführtes »Dekret 970« verbot den Anbau und die Verbreitung aller nicht registrierten Sorten.

Die dritte Ebene zielt auf die komplette Verdrängung von Alternativen zum industriellen Saatgut durch pure Marktdominanz. Das ging beispielsweise in Indien so weit, dass es zeitweise in manchen Regionen ausschließlich gentechnisch manipuliertes Baumwoll-Saatgut zu kaufen gab, da alle lokalen Saatguthändler aufgekauft oder in den Ruin getrieben worden waren. Und samenfestes (zum Nachbau geeignetes) Gemüsesaatgut ist in vielen Regionen der Welt schon länger sehr schwer zu bekommen. Diese Verdrängung traditioneller, regionaler, bäuerlicher Sorten fand in den letzten 100 Jahren kontinuierlich statt. Die massive Werbung für die sogenannte »Grüne Revolution«, für das Modell der industriellen Landwirtschaft und die politische Unterstützung dafür, hat diesen Prozess stark beschleunigt. Neben großen ökologischen Schäden, dem Verlust von biologischer Vielfalt und der Konzentration des Saatgutmarktes in den Händen weniger Großkonzerne hat diese Entwicklung auch zum Verlust von Wissen geführt. Nur noch wenige Menschen wissen, wie man Saatgut aus der eigenen Ernte gewinnt.

»Eigenes Saatgut gewinnen ist ein erster Schritt in Richtung Ernährungsautonomie und ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt. Es ist ein Schatz, der unbegrenzt ausgetauscht und geteilt werden kann, eine unversiegbare Quelle von Freude und Genuss.«

Anpassungsfähiges Saatgut

Jahreszeiten verschieben sich, Wetterperioden werden extremer und immer weniger vohersehbar.

Weltweit stellt das Landwirte, BäuerInnen und GärtnerInnen vor große Herausforderungen. Sie müssen ihren Anbau auf die sich ändernden klimatischen Bedingungen einzustellen. Und dafür brauchen sie anpassungsfähiges Saatgut.

Die in den Sortenkatalogen registrierten Sorten sind allerdings, per Definition, nicht anpassungsfähig. Die Zulassungskriterien für den Sortenkatalog sind nämlich: Unterscheidbarkeit (Distinctness), Homogenität (Uniformity) und Stabilität (Stability) (= »DUS«-Kriterien).

Die »DUS«-Kriterien orientieren sich an den Sortenvorstellungen und Neuzüchtungen der Industrie. Ihre Einführung bzw. die des Sortenkataloges führte im Jahr 1934 in Deutschland beispielsweise zum Verschwinden von 72 Prozent der damals erhältlichen Sorten, da die traditionellen, regionalen Sorten die DUS-Kriterien in der Regel nicht erfüllen. Sie zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie eine genetische Varianz innerhalb der Sorten aufweisen und deshalb nicht stabil über die Generationen hinweg sind. Diese Eigenschaften machen diese Sorten anpassungsfähig an sich ändernde regionale und klimatische Bedingungen. Das heißt, sie sind damit die zentrale Ausgangsbasis für zukünftige Züchtung und damit für den Klimawandel.

Die Wahl des Saatgutes bestimmt zu einem großen Teil, welche Form von Anbau und Landwirtschaft möglich ist. Die industrielle Landwirtschaft setzt auf großflächigen Monokulturanbau und braucht einen großen Input an Kunstdünger, Pestiziden und Erdöl für einen hohen Einsatz an Landmaschinen. Eine »angepasste Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels« müsste vielmehr mit einer Diversifizierung der Landwirtschaft auf den Klimawandel reagieren. Mit mehreren Kulturen und mehreren Sorten gleichzeitig im Anbau erhöht sich die Chance, dass auch bei unvorhersehbarem Klima wenigstens die eine oder die andere Kultur eine Ernte bringt.

Die industrielle Landwirtschaft ist bekanntermaßen mitverantwortlich für den Klimawandel. Auch deshalb bräuchte es dringend ein Umdenken, was die weitere Entwicklung in diesem Bereich angeht. Daran ändern auch nichts die Beteuerungen der Saatgutindustrie, die versucht »klima-smarte«, z.B. dürre-resistente Sorten, zu entwickeln. Sie versuchen, ihre neu entwickelten Sorten als Erfolg zu präsentieren, aber fest steht, dass diese Sorten immer der oben beschriebenen Logik entsprechen: die technische Kontrolle über das Saatgut liegt in den Laboren und das Saatgut und seine Reproduktionskapazität gehören dem Konzern.

Die Entwicklungen in den letzten 100 Jahren in der Landwirtschaft gingen (und gehen) natürlich nicht ohne Proteste und Kämpfe vonstatten. Bäuerliche Organisationen wehren sich an vielen Orten gegen die Verdrängung durch großflächige Monokulturen mit industriellem Saatgut und starkem Pestizideinsatz. Breite Bündnisse kämpfen in vielen Ländern gegen den Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen. Und auch gegen die immer wiederkehrenden Versuche, international oder national Saatgutgesetze zu verschärfen, gibt es bis heute vielfältige Proteste.

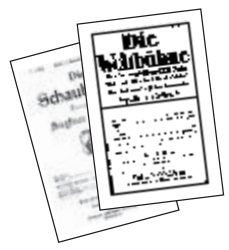
Gleichzeitig versuchen viele Menschen überall auf der Welt, Alternativen zur industriellen Landwirtschaft und zu industriellem Saatgut zu entwickeln und anzubauen. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten einerseits Organisationen kritischer BäuerInnen (z.B. La Via Campesina), andererseits Erhaltungsinitiativen (wie z.B. Dreschflegel), die schon seit längerem regionales Saatgut und alte Sorten sammeln und erhalten. Solche Initiativen gibt es in vielen Ländern. Häufig arbeiten sie in großen Netzwerken und versuchen so eine möglichst große Anzahl verschiedener Sorten im Feld zu erhalten und zu vermehren.

Eine schöne Möglichkeit, diese Vielfalt an Sorten unter die Leute zu bringen, sind Saatgut-Tauschbörsen. Bei solchen Veranstaltung wird die wichtige Bedeutung von Saatgut deutlich und es kann an die Tradition des Austauschs von Saatgut und Wissen (Welche Sorte hat welche Eigenschaften, braucht welchen Boden usw.) angeknüpft werden. Vor zehn Jahren in Deutschland kaum bekannt, finden mittlerweile zahlreiche solcher Veranstaltungen im ganzen Land statt.

Zum Weiterlesen:

»Seed Stories«, ein Comic von der KleinbäuerInnen Organisation Via Campesina: https://viacampesina.org/en/publication-seed-stories-fighting-against-the-privatisation-of-life/
http://www.saatgutkampagne.org/
https://www.agrarkoordination.de/fileadmin/dateiupload/Biopoli/Arbeitshefte/AK_Biopoli_Heft_Vielfalt_ernaehrt_die_Welt_final.pdf

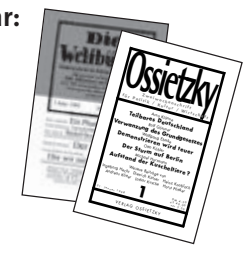
ANZEIGE



Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

STUTTGART: 50 JAHRE FORUM3 - SELBSTVERWALTETES JUGEND- UND KULTURZENTRUM

Lebendiger »ImPuls für die Zukunft«

Vor 50 Jahren entstand in Stuttgarts Zentrum das selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentrum Forum3, das sich als lebendiger Ort der Zivilgesellschaft etabliert hat. Vor 100 Jahren konkretisierte Rudolf Steiner die Ideale der Französischen Revolution – »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« – in der Bewegung für eine soziale Dreigliederung. Beide Jubiläen führten Anfang April zur großen Tagung »ImPuls für die Zukunft – Aufbruch zu einer menschlicheren Gesellschaft im 21. Jahrhundert«.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

▲ Gut besuchtes Haus mit Theater, Café und Veranstaltungsräumen im Zentrum von Stuttgart Foto: Ars Cordis, Holger Theilacker

»Eigentlich wollten wir unser 50jähriges Bestehen gar nicht öffentlich feiern«, sagte Ulrich Morgenthaler zu Beginn des Jahres. Er ist seit mehr als vier Jahrzehnten Mitarbeiter im Jugend- und Kulturzentrum Forum3, Mitglied im Trägerkreis und verantwortlich für den Bereich »aktuelle Themen«. Doch die inhaltlich vielschichtige Vorbereitung der Tagung zu »100 Jahre Soziale Dreigliederung«, die Anfang April in Stuttgart stattfand, zog das Interesse so vieler Gruppen, Unternehmen und Initiativen auf sich und auf das Forum3, dass es dann doch eine große Jubiläumsfeier gab.

Erfolgreiche Tagung

»Impuls für die Zukunft« war das Motto der Tagung. Auch die zweite Überschrift – »Aufbruch zu einer menschlicheren Gesellschaft im 21. Jahrhundert« – signalisierte wahrlich alles andere als eine ruhige Rückblende auf das vergangene Jahrhundert. Stattdessen stand im Mittelpunkt der drei Tage die Frage, »was wir aus dem Dreigliederungsimpuls von 1919 und den bisher damit gemachten praktischen Erfahrungen für die Probleme von heute und morgen gewinnen können«, heißt es im aktuellen Forum3-Newsletter. Themen wie Klimawandel, Umweltzerstörung, Einkommensverteilung, Ressourcen, Migration und andere wurden diskutiert.

Mehr als 600 Menschen nahmen an den beiden großen Abendvorträgen sowie an über 20 Workshops teil. Am Samstagnachmittag herrschte am Markt der Möglichkeiten ein buntes und dennoch beeindruckend ruhig-konzentriertes Treiben im großen Saal des benachbarten Hospitalhofs, als sich etwa 60 Einrichtungen und Initiativen vorstellten, die in der Praxis mit den sozialen Dreigliederungsideen arbeiten. Beispielsweise waren die Freien Waldorfschulen, die ethisch-ökologische GLS-Bank, eine Gruppe der Solidarischen Landwirtschaft, die Bewegung für mehr Demokratie und die Mahle-Stiftung vertreten.

Am Sonntagvormittag gab es noch drei Foren zu den Themen »künstliche Intelligenz«, »neue Eigentumsformen von Unternehmen« sowie »jugendliche Visionen einer menschlicheren Gesellschaft«, letzteres mit VertreterInnen der demokratischen Stimme der Jugend.

Soziale Dreigliederung

Anlass für die Tagung war, dass Rudolf Steiner – bekannt als Gründer der Anthroposophie – »vor 100 Jahren mit der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus an die Öffentlichkeit getreten war«, wie es in den Tagungsunterlagen heißt. Steiner bezog sich auf die Ideale der Französischen Revolution, also auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und setzte sie in Bezug zum geistigen Leben sowie zum Rechts- und Wirtschaftsleben: »Freiheit ist der Grundimpuls des geistigen Lebens, wo auf die Freiheit der individuellen menschlichen Fähigkeiten gebaut werden muss. Gleichheit ist der Grundimpuls des Staats- und Rechtslebens, wo alles hervorgehen muss aus dem Bewusstsein der Gleichheit der menschlichen Rechte. Brüderlichkeit ist das, was auf dem wirtschaftlichen Lebensgebiet herrschen muss im großen Stile.«

Verschiedene ReferentInnen bezogen sich auf diese Aussage und betonten, wie wichtig die Unabhängigkeit der jeweiligen Bereiche voneinander sei. Auf die Frage, ob die Dreigliederungsbewegung gescheitert sei, antwortete Henning Kullak-Ublick, Sprecher des Bundes der Freien Waldorfschulen: »Nein, keineswegs!« Weltweit seien eine Vielzahl von Initiativen und Schulen entstanden, die ihre entscheidenden Impulse aus dieser Idee Steiners erhalten hätten. Aktuell gebe es beispielsweise in China einen wahren Gründungsboom von Freien Waldorfschulen.

Gegliederte Selbstverwaltung

Auch das Forum3 bezog sich bei seiner Gründung vor 50 Jahren und auch aktuell weiterhin auf diese Idee: »Von Anfang an war es orientiert auf den gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsimpuls einer Gliederung und gleichberechtigten sachgemäßen Zusammenarbeit der drei großen sozialen Hauptbereiche Kultur, Recht/Politik und Wirtschaft.« Entstanden ist das Forum3 während der StudentInnenbewegung und der internationalen Aufbrüche der Jahre 1968/69 bewusst im Zentrum Stuttgarts als selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum.

Es versteht sich in seinem Gründungsimpuls als » freier Zusammenschluss von Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, verantwortliches Handeln zu entwickeln, um zur Lösung der brennenden Probleme unserer Zeit beizutragen«.

Formal ist der gemeinnützige Forum3 e.V. der offizielle Rechtsträger des Hauses. Aufgrund eines Erbpachtvertrags mit der Stadt Stuttgart ist ihm das Grundstück und das Gebäude zur alleinigen Nutzung im Sinne der Vereinssatzung überlassen. Darin sei ausdrücklich festgelegt, dass nur tätige, verantwortliche MitarbeiterInnen stimmberechtigt seien. Damit sei die Autonomie der Einrichtung auch rechtlich abgesichert.

Im Rahmen eines Tagungsworkshops gaben die beiden langjährigen Forum3-Mitarbeiter Ulrich Morgenthaler und Richard Appel einen Einblick in ihre Form der Selbstverwaltung, wie sie sich im Verlauf der Jahre »als Ergebnis eines sich immer wieder erneuernden Prozesses« entwickelt habe. Demnach versuchen sie, »alle Regelungen der Aufgaben möglichst aus dem unmittelbaren Verhältnis von Mensch zu Mensch zu entwickeln. Am Anfang steht immer ein Gespräch«. Selbstverwaltung werde »an dem Grundsatz orientiert, dass jeder Mensch an dem Ort, der Sache und dem Zeitraum mit beraten und entscheiden kann, für den er sich fest mit einer Aufgabe verbunden hat und so auch die Folgen seiner Entscheidung mitträgt«. Beispielsweise würde eine Gruppe junger »Bufdis« Veranstaltungen im Café eigenverantwortlich organisieren.

Im Laufe der Jahre sei im Forum3 »eine differenziert gegliederte Selbstverwaltung entwickelt worden, die in ihrer Gesamtheit durch die festen MitarbeiterInnen kollegial geleitet« werde. Selbstverwaltung in dieser Form sei »nie vorgegeben und fertig; sie muss ständig neu erfunden, getan, überprüft werden. Das ist aufwendig«. Aber damit werde sie zu einem Übungsfeld und Entwicklungsweg für jede/n Einzelnen, und auch für die Arbeitsgemeinschaft als Ganzes.

Um den Gründungsimpuls in einer anschaulichen Form deutlich zu machen, habe Siegfried Woitinas, Forum3-Gründer, die nachfolgende »Parabel für das Forum3« formuliert.

Die drei Ideale

»Lasst uns alle für die Freiheit kämpfen, damit alles, was es auf der Erde gibt, ans Licht kommen und seine Stimme erheben kann …«, sprach der Adler, stieß einen scharfen Schrei aus und erhob sich in die Lüfte.

»Nein, lasst uns alle für die Gleichheit kämpfen, dass jeder seinen Platz auf der Erde finde, um sein Leben zu entfalten«, sprach der Löwe, der während der Rede des Adlers verächtlich in die Weite geblickt hatte, brüllte gewaltig und schritt herrisch davon.

»Nein, lasst uns alle gemeinsam an der Erde füreinander arbeiten, dass wir brüderlich schaffen, was wir zum Leben brauchen«, sprach der Stier, der die ganze Zeit seinen Blick nicht vom Boden gehoben hatte, stampfte ungeduldig auf und stieß seine Hörner in den Boden.

»Halt!«, rief der Mensch, »wenn jeder sich für den Wichtigsten hält, werden wir noch in Streit gegeneinander geraten, wo doch auf dieser Welt jeder den anderen braucht und ohne ihn nicht leben kann. – Lasst uns beraten, wie wir unsere verschiedenen Kräfte am besten zusammentun, um auf der Erde gemeinsam zu schaffen, was jeder von uns allein nicht vermag«.

Forum3

Zentrum für Jugend und Kultur, mit Café (100 Sitzplätze, zusätzlich 60 im Innenhof), Räume für individuelle Entwicklung und soziale Initiativen (1.700 Quadratmeter auf fünf Ebenen), aktuelle Veranstaltungen und Workshops, acht Jahresplätze für junge Freiwillige, gegliederte Selbstverwaltung, gemeinnützige Trägerschaft:

www.forum3.de
Theater (120 Plätze) mit eigenständigem Spielbetrieb:
www.forum-theater.de
Tagung:
www.100JahreSozialeDreigliederung.de

ANZEIGE

Melodie & Rhythmus
MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR
Künstler-Konferenz
»Manifest für Gegenkultur«

Samstag, 8. Juni 2019, Berlin
Heimathafen Neukölln, Karl-Marx-Str. 141
Konferenz: 10.30 Uhr/Einlass: 9.30 Uhr; Kultur-Gala: 20 Uhr/Einlass: 19.30 Uhr
Diagnosen, Perspektiven & Kultur-Gala
Mit Konstantin Wecker, Esther Bejarano, Erich Hackl, Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Mesut Bayraktar, Chris Jarrett, Shekib Mosadeq, Volker Lösch u. a.
Grafik: Käthe Kollwitz/Quelle: picture alliance/akg-image
Weitere Informationen zur Künstler-Konferenz sowie Tickets unter:
melodieundrhythmus.com/kuenstler-konferenz. Tickets auch in der junge-Welt-Ladengalerie, Torstraße 6, 10119 Berlin oder telefonisch unter: 0 30/53 63 55 56.

REZENSIONEN

HANDBUCH SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Dieses von Sozialwissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen erstellte Handbuch möchte nach dem Wunsch des Herausgebers eine historisch und global orientierte Analyse der sozial-ökologischen Transformation bieten. Um es vorwegzunehmen: eine hehre Aufgabe, die nur partiell eingelöst wird. Denn allein die Perspektive der Autor*innen bleibt zumeist eurozentristisch. Die im Buchtitel genannte sozial-ökologische Transformation hat sich zwar zu einem gebräuchlichen Begriff der Nachhaltigkeitsdebatte entwickelt. Verlässt man den deutschsprachigen Diskussionszusammenhang, ist eher von Transition die Rede. Der Begriff der Transformation erlebe Konjunktur, seitdem das Leitbild nachhaltiger Entwicklung immer weniger als »adäquate Antwort« (24) auf den als zunehmend bedrohlich empfundenen Klimawandel sowie eine in Teilen immer noch andauernde Wirtschafts-, Finanz- und Staatschuldenkrise gesehen werde.

Die meisten Beiträge und die umfangreichsten Analyseanteile werden vom Soziologen Karl-Werner Brand beigesteuert. Ihm geht es nicht darum, zu erläutern, »wie sich ein bestimmtes Transformationsprojekt am besten durchsetzen lässt, sondern um die Analyse der empirisch beobachtbaren Transformationsdynamiken, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in Reaktion auf wachsende Umweltprobleme auf unterschiedlichen Entwicklungsfeldern und in unterschiedlichen nationalen und transnationalen Kontexten vollzogen haben und weiterhin vollziehen.« (28)

Das Handbuch beleuchtet zentrale Transformationsfelder (Klima, Energiewende, Wirtschaft und Konsum, Stadtentwicklung und Landwirtschaft) und stellt Entwicklungen in westlichen Industrieländern, in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien sowie in armen, agrarisch geprägten Ländern wie Äthiopien vor.

Ein Problem bei dieser Art von Publikation mit langen Vorläufen und Korrekturschleifen ist, dass sie schnell durch die Tagespolitik überholt werden. Gleichwohl kommt Brand in dem von ihm verfassten Abschlusskapitel auch ohne Bezugnahme auf die aktuellsten Entwicklungen (Trump und der geleugnete Klimaschutz) zu einer eher pessimistischen Einschätzung, was die Erfolgsaussichten abgestimmter internationaler Umweltpolitik angeht. Liberale Industrieländer mit einer relativ gut gebildeten und wohlhabenden Mittelschicht im Norden und zum Beispiel kleinbäuerliche indigene Bevölkerungen in autoritären Ländern des Südens haben sehr unterschiedliche Perspektiven und Handlungsoptionen. Die eine große »staatlich aktiv gestaltete und international synchronisierte post-fossile Transformation wird es nicht geben« (452).

Das Handbuch bleibt für die Praktikerinnen und Aktivisten einer sozial-ökologischen Veränderung sicherlich ein viel zu theoretischer Zugang. Trotzdem ist es zumindest für die Sozialwissenschaften ein guter Aufschlag, um sich dem Thema der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit und seiner Analyse zu nähern.

Herbert Klemisch

Karl-Werner Brand (Hg.): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch; Campus Verlag 2017, 464 Seiten, 39,95 Euro.

KRITIK AN AGRARINDUSTRIE 4.0

Ein autonom fahrender, per Satellit gesteuerter Traktor erntet ein Weizenfeld ab, prüft dabei die Qualität der Getreidekörner und sendet die gesammelten Daten an die Unternehmenszentrale, wo die Ernte per Mausklick zu einer errechneten Menge Bitcoins verkauft wird, während der Traktor seine Ladung in einen Lastwagen abfüllt. Eine Szene aus einem Science-Fiction-Film? Nein, bereits Realität, sagt der kanadische Technikkritiker und alternative Nobelpreisträger Pat Mooney.

Zusammen mit seinem Team hat er die Funktionsweise der sogenannten Big-Data-Plattformen erforscht, die das globale Ernährungssystem bereits drastisch verändert haben. Er zeigt auf, wer die zentralen Akteure in diesem weltweiten Geschäft sind und beleuchtet die Bedeutung der zunehmenden Digitalisierung für kleinbäuerliche ErzeugerInnen und ArbeiterInnen in der Nahrungsmittelindustrie. Dabei gehe es im Kern um das massenhafte Sammeln und Auswerten von sämtlichen Hof-, Anbau- und VerbraucherInnendaten. Agrarkonzerne wie Bayer und John Deere, aber auch Internetgiganten wie Amazon und Google würden nicht nur sektorenübergreifende Kooperationen vorantreiben, sondern auch die vertikale Integration verschiedener Wertschöpfungsstufen anstreben.

Mooney hat seine übersichtlich gestaltete Broschüre in vier Abschnitte eingeteilt: Nach einer allgemeinen Einführung betrachtet er die drei Dimensionen der Big-Data-Plattformen: zuerst Hardware, das heißt Roboter, Satelliten und rechnergestützte Landmaschinen sowie die dazu passenden Sensoren. Als zweites stellt er ihre Software vor, insbesondere synthetische Biologie und die dazu gehörenden neuen Gentechnikverfahren. Die dritte Dimension sind Finanztechnologien wie Blockchains und Kryptowährungen. Im zentralen Kapitel geht Mooney darauf ein, wie die anhaltende Marktkonzentration und der Mangel an öffentlicher Kontrolle sich auf BäuerInnen und die Nahrungsmittelerzeugung auswirken. Abschließend erörtert er, wie eine funktionierende öffentliche Kontrolle aussehen könnte und welche internationalen Rechtsinstrumente dafür entwickelt werden sollten.

Er fordert, die Plattformen zu blockieren und die großindustriellen Agrarlieferketten zu durchbrechen. Denn es brauche »eine verstärkte öffentliche Kontrolle als Grundlage für Ernährungssouveränität«, insbesondere einen UN-Vertrag zur Technikfolgenabschätzung. Mooney spricht sich nicht gegen die neuen Technologien aus, jedoch sollte deren Anwendung »unter der Kontrolle von KleinbäuerInnen oder von Organisationen ihres Vertrauens« sein.

Trotz des komplexen Themas liegt eine verständlich geschriebene Broschüre mit faktenreichen Illustrationen vor, die Mut macht für den notwendigen Druck von unten.

Peter Streiff

Pat Mooney: Blocking the chain. Konzernmacht und Big-Data-Plattformen im globalen Ernährungssystem; 44 Seiten DIN A4, ETC Group, Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a., Berlin und Val David (Kanada) 2018, Download (deutsch oder englisch): www.rosalux.de

LITERARISCHE KAPITALISMUSANALYSE

Der spanische Soziologe und Philosoph Rendueles, einer der Vordenker der Podemos-Partei, hat eine ungewöhnliche Kapitalismus-Analyse verfasst. Er fragt sich, warum wir den Kapitalismus als Naturzustand begreifen. Um diese Frage zu beantworten, greift er als empirisches Material nicht etwa auf Statistiken, Befragungen, Fallstudien oder Analysen der Kolleg*innen zurück. Sein empirisches Material ist vielmehr die Literatur. Im Gegensatz zur Zunft der Sozialwissenschaftler*innen geht es ihm um Text-Auswahl und Interpretation, nicht um eine irgendwie geartete Repräsentativität. So charakterisiert Rendueles sein Buch als »eine persönliche Geschichte des Kapitalismus, die anhand sehr heterogener literarischer Texte erzählt wird«.

Dabei gelten für ihn zwei Regeln: Nur Bücher zu benutzen, die er bereits kennt, und die Texte nicht nach literarischer Qualität, historischer Bedeutung oder politscher Intention auszuwählen. Eine angenehme und ressourcenschonende Ausgangslage. Die Quellen werden als Werkzeuge für die Entwicklung einer eigenen Argumentation verwendet. Auf diese Weise erkundet Rendueles seine persönliche Lesebiografie. Dabei stehen philosophische Abhandlungen wie Nietzsches »Götzen-Dämmerung« neben Klassikern von Shakespeare oder »Robinson Crusoe« und Kultbüchern wie »American Psycho« oder »On the Road« von Jack Kerouac. Auf der Basis dieser Leseerfahrungen zeichnet Rendueles nach, wie sich der Kapitalismus in uns eingebrannt hat. Doch zugleich kann in Büchern, das zeigt der Verfasser ebenfalls, etwa an Kleists »Michael Kohlhaas« und an Science-Fiction-Romanen, auch der Geist der Revolte und solidarischer Utopien stecken. Es geht dem Autor um einen individuellen Blick. Wenn der*die geneigte Leser*in sich darauf einlässt, Rendueles auf seiner assoziativen Reise in das literarische Herz des Kapitalismus zu begleiten, gelangt er*sie zwar nicht zu gesicherten Erkenntnissen, wird dafür aber beschenkt mit autobiografischen Anekdoten und einer betont subjektiven Auswahl an literarischen Texten, in der der Autor die Entwicklung des Kapitalismus sich widerspiegeln lässt.

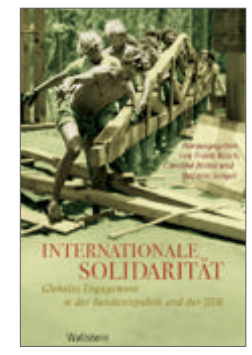
Aufschlussreich, spannend, gespickt mit Erkenntnisblitzen und immer wieder Zusammenhänge erschließend, die den Kapitalismus diskreditieren, ist das Buch eine anregende Lektüre. Was enttäuscht, sind allerdings die politisch-gesellschaftlichen Schlussfolgerungen. So steht das Abschlusskapitel unter dem vielversprechenden Titel »Fluchtwege aus der Supermarktruine«. Ein ganz normales Leben im Quartier zu leben, mit Arbeit, Beruf und Vertrauen in öffentliche Institutionen, ist das, was Renduelles als gegenkulturelles Experiment bezeichnet, aber die Wege dorthin bleiben offen.

Herbert Klemisch

Cesar Rendueles: Kanaillen-Kapitalismus. Eine literarische Reise durch die Geschichte der freien Marktwirtschaft; Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, 300 Seiten, 18 Euro.

Anmerkung der Redaktion:
Diese Rezension sollte bereits in der letzten Ausgabe erscheinen. Wir bitten um Entschuldigung.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN BRD UND DDR



Weit über 10.000 Personen sollen es insgesamt gewesen sein, die zwischen 1983 und 1990 in Nicaragua als Ernte- und Aufbauhelfer*innen arbeiteten. In dem mittelamerikanischen Land hatte 1979 eine linksdemokratische, populare Bewegung eine Diktatur gestürzt und eine Revolutionsregierung installiert. Ein neuer Sammelband widmet sich nun – auch im Vergleich – Zielen, Motiven und Praktiken internationaler Solidarität in der Bundesrepublik und der DDR.

War die »internationale Solidarität« im Westen eher in der Zivilgesellschaft verortet und auch stark mit einer Kritik an Staat und Gesellschaften des globalen Nordens verbunden, so war diese in der DDR stärker staatlich vorgegeben und ausdrücklich auch Teil staatlicher Politik. Die Formen internationaler Solidarität dieser Periode hatten Vorläufer, dies skizziert Mitherausgeber Bösch im ersten Beitrag, der so etwas wie die Einleitung ist. Vorläufer etwa im Internationalismus der Arbeiterbewegung oder auch in der christlichen Soziallehre (»Nächstenliebe«). Einen Schub gab es durch den Vietnam-Krieg. Neben der Informationsvermittlung (»Aufklärung«) hatten Spenden von Geld oder hochwertigen Materialien und der Boykott bzw. der Konsum bestimmter Produkte (z.B. der berühmte Kaffee aus El Salvador) eine große Bedeutung. Subjektive Aspekte, etwa Hoffnung in revolutionäre Veränderungen in Ländern des globalen Südens, die im eigenen Herkunftsland in weiter Ferne, wenn nicht unmöglich erschienen, spielten in den westlichen Ländern eine große Rolle. Im sozialistischen Staatensystem herrschte ein aus heutiger Perspektive recht hölzernes und verkürztes Verständnis von Rassismus vor. Dies zeigt etwa der Beitrag zur Solidarität mit Angela Davis in der DDR. Hier wurde umstandslos behauptet, Rassismus könne durch »Antiimperialismus« und Antikapitalismus bekämpft werden. Gleichzeitig wurde eine, womöglich global imaginierte, Einheit propagiert, die real nicht existierte, und z.B. von den »Schwarzen«, die dem Panafrikanismus anhingen, politisch auch nicht gewünscht wurde.

Die acht Beiträge im Einzelnen thematisieren Nicaragua, Chile, Argentinien, Südafrika und die DDR und die Solidarität mit Angela Davis. Alle zeigen, dass »internationale Solidarität« bis 1989/91 im Rahmen von Geopolitik und des Ost-West-Konfliktes immer transnational verflochten war. In vielen Regionen und Ländern reagierte die offizielle Entwicklungshilfe (West) auf die sozialistische »Aufbauhilfe« (Ost) – und umgekehrt.

Der Band will ausdrücklich kein Handbuch zum Thema sein. Er resultiert aus einer Tagung am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam im Jahr 2016 und kann nur erste Aspekte aufzeigen. Länder, die in den 1970er und 1980er Jahren ebenfalls wichtig waren, wie etwa Spanien, Portugal, Polen oder die Türkei, fehlen.

Bernd Hüttner

Frank Bösch, Caroline Moine, Stefanie Senger (Hrsg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR; Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 264 Seiten, 24,90 Euro.

GUSTAV LANDAUER IN BERLIN

Zum 100. Todestag von Gustav Landauer (1870-1919) am 2. Mai eröffnete am 27. März 2019 die Ausstellung »Die Anarchie ist das Leben der Menschen, die dem Joche entronnen sind. – Gustav Landauer in Berlin 1889-1917« im ehemaligen Rathaus Kreuzberg. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der die Texte der Ausstellung in teils leicht erweiterten Fassungen wiedergibt.

Es handelt sich um 24 Beiträge zumeist aus der Landauer-Forschung bekannter Autor*innen. Sie schlagen den Bogen von Landauers Herkunft aus Karlsruhe über seine Zeit in Berlin bis zu seiner Ermordung in München im Zuge der Niederschlagung der dortigen Räterepublik. Drei weitere Texte widmen sich der unmittelbaren Nachwirkung sowie dem Gedenken Landauers in der Weimarer Republik (Erik Natter), seiner Wiederentdeckung in der Literatur (Anatole Lucet) und seiner Nachwirkung in alternativen Bewegungen (Elisabeth Voß). Ein Beitrag lässt Landauer in Auszügen aus seinem »Aufruf zum Sozialismus« (1911) selbst zu Wort kommen. Begleitet werden die Texte von zahlreichen, zum Teil kaum oder bislang unveröffentlichten Abbildungen.

In ihrer Zusammenschau geben die Beiträge einen Überblick über Landauers Leben und ermöglichen zugleich – thematisch konzentriert – tiefere Einblicke in dasselbe. So rücken erstmals auch die langen Jahre seines Wirkens in Berlin stärker in den Vordergrund.

Tilman Leder widmet sich in seinem Text Landauers Aktivitäten als Redakteur der Zeitschrift »Der Sozialist«. Über die anfänglichen Richtungskämpfe der Beteiligten, die schnell einsetzende Verfolgung des Blattes und eine erste Haftstrafe für Landauer bis hin zum Wiedererscheinen des »zweiten Sozialist« lässt sich Landauers Tätigkeit als junger Redakteur hier gut nachvollziehen.

Jan Rolletschek bespricht im anschließenden Text die Idee der Freien Volksbühne und deren Realisierung. Bis 1918 blieb Landauer in der Verwaltung der Volksbühne, die vier Jahre zuvor ein eigenes Haus auch durch sein Engagement eröffnen konnte, stark verankert.

Viele weitere Beiträge befassen sich mit Landauers jüdischer Identität, seinen pazifistischen Bestrebungen und seiner politischen Verfolgung. Sie gehen auf sein Engagement für die Konsumgenossenschaft »Befreiung«, für freie Schulen und die damalige Jugendbewegung ein oder besprechen die Gründung des »Sozialistischen Bundes« und das Wiedererscheinen des »Sozialist« als dessen »Organ«.

Die Ausstellung ist noch bis zum 9. Mai im Rathaus Kreuzberg und anschließend im Haus der Demokratie und Menschenrechte zu sehen. Begleitend finden ein Rahmenprogramm und Führungen statt.

Nico Bischoff

Gustav Landauer Denkmalinititative (Hrsg.): »Die Anarchie ist das Leben der Menschen, die dem Joche entronnen sind.« - Gustav Landauer in Berlin 1889-1917. Ausstellungskatalog, Berlin 2019. Die 60seitige Broschüre ist gegen Spende und Porto bei der Denkmalinitiative sowie in ausgewählten Berliner Buchhandlungen zu beziehen.

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

KLIMASCHUTZ

Rettet den Hambacher Wald
12. Mai, 12 Uhr (Morschenich)

RWE hat jetzt wohl einen Weg gefunden, den Hambacher Wald endgültig zu vernichten, ohne zu roden. Die Bagger kommen immer näher, das Schaufelrad eines Baggers ist nur noch knapp 150 Meter von den Bäumen entfernt. Legt es RWE wirklich darauf an, den Wald in den Tagebau rutschen zu lassen? Sei die Rote Linie! Be the Red Line! Sois la Ligne Rouge! Bitte alles mitbringen, was rot ist. Rote Kleidung, rote Bänder, rote Tücher, Decken, Mützen, Schals, Luftballons, Stirnbänder, Halstücher, Bildbotschaften... Zwischen 13 und 15 Uhr steht und bewegt sich die Rote Linie am Waldrand, nah an den Baggern, an der alten A4 zwischen der Rodungskante und dem Tagebau, unübersehbar, eindrucksvoll, fotogen... viel Presse wird dabei sein, nutzen wir diese Chance, unser Anliegen abermals laut und deutlich klarzumachen: Rettet den Hambacher Wald!

Infos:
http://www.naturfuehrung.com
https://hambacherforst.org

Die rote Linie - Widerstand im Hambacher Forst
12. Mai, 21 Uhr (München)

Am Abend gibt es auf dem Internationalen Dokumentarfilmfestival in München die Uraufführung des Kinofilms »DIE ROTE LINIE – Widerstand im Hambacher Forst«. Der Film erzählt vom Protest gegen die Vernichtung des Hambacher Forstes und den Widerstand gegen den Braunkohleabbau aus Sicht verschiedener Gruppen, die sich erst alleine, dann gemeinsam gegen den Energieriesen RWE stellen. Eine lokale David-gegen-Goliath-Geschichte unabdingbar mit den global relevanten Themen Klimawandel, Energiepolitik und ziviler Protestbewegung verknüpft. Der Hambacher Forst ist zu einem Symbol des Widerstandes gegen die bisherige Energiepolitik geworden. Die Auseinandersetzungen um die Räumung des Waldes im Herbst 2018 haben gezeigt, wie dringend die Diskussion um einen früheren Braunkohleausstieg für viele Menschen ist.

Regie: Karin de Miguel Wessendorf
Ort: Deutsches Theater,
Schwanthalerstr. 13,
80336 München
Info:
http://www.dokfest-muenchen.de

TRANSITION AUSTRIA

Internationales Transition Treffen
20. - 23. Juni
(Fehring/Steiermark)

Auf diesem Treffen sollen die in Budapest begonnenen Gespräche mit den südosteuropäischen Transition Hubs fortgesetzt und die Aktionsfelder für gemeinsames Lernen und zukünftige Entwicklung abgesteckt werden. Leider sind die Beherbergungskapazitäten beschränkt, darum wurde eine Art Pre-registration eingeführt, um nach Dringlichkeit und möglichem Impact reihen zu können.

Ort: Cambium,
Kasernenstrasse 2,
8350 Fehring
Info: http://transition.at/vorannmeldung-pre-application

INKLUSION

Festival der Multipolarkultur
25. Mai - 11. Juni (Köln)

Sommerblut ist das »Festival der Multipolarkultur«. Es versteht sich als inklusives Kulturfestival, welches die unterschiedlichen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Standpunkte und Identitäten miteinander verbindet. Das Festival lädt auch zu einem Perspektivwechsel, in Richtung einer grenzüberschreitenden, mutigen Kunst und Kultur ein. Zum Abschluss von Sommerblut zieht die Mad Pride vom Neptunplatz nach Odonien, um das Kulturfinale zu feiern.

Info: https://www.sommerblut.de

Mad Pride Parade 2019
10. Juni, 14 Uhr (Köln)

Kommt raus auf die Straße, denn sie gehört uns! Küsst den Wahnsinn wach, liebt Krummbeine und Spasmen – rollt, humpelt, tastet euch vor! Feiert gemeinsam die Mad Pride in Köln! Die Mad Pride bringt genau die zusammen, die sonst nirgendwo dazu gehören, weil sie am Rand stehen. An diesem Tag wird der Rand zur Mitte. Ob arm oder reich, geizig oder genial, verrückt, behindert, asozial, süchtig oder Querdenker – alle sind eingeladen, um in ihrer schönsten Verschiedenheit solidarisch zusammen zu stehen. Gemeinsam erobern wir die Straßen von Köln gegen Diskriminierung und Ausgrenzung jeglicher Art.

Ort: Neptunplatz,
Köln-Ehrenfeld,
Aufstellung 13 Uhr
Info: https://madpride-koeln.de

WORKSHOP

Visionswerkstatt: Nachhaltige Zukunft
5./6. Juli (Lindlar)

Der Wandel in eine nachhaltigere Welt ist aktueller denn je! Für uns, Teresa und Hannah, beginnt ein Wandel in der Welt mit einem Wandel in uns selbst. Dafür ist es wichtig, die eigenen Werte und Einstellungen zu hinterfragen und weiterzuentwickeln, aber auch die persönlichen Utopien und Wunschvorstellungen zu kennen. Im Workshop wollen wir gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entdecken und uns diesen Mechanismen auf produktive Weise stellen. Den konkreten Inhalten und Bedeutungen dieser Ziele wollen wir uns im zweiten Teil annähern.

Ort: Jugendherberge 30,
51789 Lindlar
Info: t.erlenkoetter@posteo.de.

MOVE UTOPIA

Für eine Welt nach Bedürfnissen und Fähigkeiten
10. - 14. Juli (Harzgerode)

Wie passen politischer Widerstand, Kontaktimprovisation, Herrschaftskritik und Kräuterwanderungen zusammen? MOVE UTOPIA vereint viele verschiedene Bewegungen, dass dabei Widersprüche und Irritationen entstehen, ist erwünscht! Wir wollen einen Dialog in Gang bringen und unsere Perspektiven erweitern – wir sind davon überzeugt, dass Wandel viele Wege braucht und Respekt vor Menschen, die einen anderen Weg gehen.

Ort: Freie Feldlage 9,
06493 Harzgerode
Info: https://move-utopia.de

KLEINANZEIGEN

KENNENLERNWOCHENENDE BEI DER KOWA

Die Kommune Waltershausen sucht interessierte Familien und Menschen mit Kindern für das nächste Kennenlernwochenende vom 30. Mai bis 2. Juni 2019. Die Themen sind unter anderem: Gemeinsame Ökonomie, Kinder und Kommune, Chancen und Schwierigkeiten von hierachiefreien Entscheidungen.
Mehr Infos dazu auf
www.kommune-kowa.de

ANARCHISMUS & SELBSTVERWALTUNG

Unser Autor Maurice Schuhmann hat mittlerweile eine eigene Autorenseite bei Facebook. Hier finden sich Infos zu aktuellen Veröffentlichungen und Vorträgen sowie Links zu öffentlich zugänglichen Texten von ihm. Seine Schwerpunkte sind Anarchismus, (Früh-) Sozialismus, Selbstverwaltung und (Neue) Soziale Bewegungen.
Link: https://www.facebook.com/Dr-Maurice-Schuhmann-2345876292357834/

POLITISCHE KOMMUNEN & SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Die Contraste-Redakteurin und Aktivistin Regine Beyß bietet Workshops & Vorträge zu folgenden Themen an: Leben in einer politischen Kommune, Konsens als herrschaftsfreie Entscheidungsfindung, Kapitalismuskritik in der Praxis (SoLawi, GemÖk, Kollektive), Solidarischer Handel am Bsp. von zapatistischem Kaffee, Einführung in den Anarchismus.

Kontakt und Info:
https://dasmaedchenimpark.org

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an: koordination@contraste.org

ANZEIGEN

Geschäftsführer (w/m/divers)
in Vollzeit

Im Kultur- und Kommunikationszentrum Die Pumpe e.V. in der Landeshauptstadt Kiel ist im Zuge einer altersbedingten Nachfolgeregelung die Stelle der Geschäftsführung zum 1.11. 2019 neu zu besetzen.

Weitere Informationen zu der zu besetzenden Position und dem Verein finden Sie unter https://www.diepumpe.de/jobangebote/
Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum 7.05.2019 mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung an die Pumpe e.V. oder als PDF an

bewerbung@diepumpe.de
Vorstand - z.H. Herrn Kay Ehmke
Haßstraße 22 24103 Kiel

pumpe

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaften@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste